

CCS WORKING PAPERS

STEPHAN SIELSCHOTT

FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHE LEHRE IM WANDEL: AUS DER NISCHE IN DEN BOOM?

BEDINGUNGEN UND BEDEUTUNGEN DER
ETABLIERUNG FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHER
MASTER-STUDIENGÄNGE



CCS WORKING PAPERS

IMPRESSUM

Herausgeber: Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg
Prof. Dr. Mathias Bös | Prof. Dr. Ulrich Wagner | PD Dr. Johannes M. Becker

ISSN: 1862-4596

Verantwortliche Redakteurinnen: Andrea Pabst, Judith von Heusinger, Julia Viebach

Satz und Layout: Michael Wübbold

© 2010, Zentrum für Konfliktforschung

REDAKTION

Gesa Bent
Judith von Heusinger
Olga Hirning
Friederike Mieth
Annika Müller-Enge
Andrea Pabst
Tome Sandevski
Veronika Schmid
Julia Viebach

KONTAKT:

Zentrum für Konfliktforschung
Philipps-Universität Marburg
Ketzerbach 11
35032 Marburg
Telefon: 0 64 21 / 28 24 444
konflikt@staff.uni-marburg.de
www.uni-marburg.de/konfliktforschung

INHALTSVERZEICHNIS

Executive Summary	5
1. Einleitung	6
2. Von der personenbezogenen zur organisatorisch-strukturellen Institutionalisierung friedenswissenschaftlicher Lehre	7
2.1. Zwischen Lehrstuhl und Friedensbewegung: Friedenswissenschaftliche Lehre in den 1970er, 80er und 90er Jahren.....	7
2.2. Prekäre Lehre: Die Notwendigkeit curricularer Institutionalisierung.....	8
2.3. Ein friedenswissenschaftliches Curriculum: Diskussionen und praktische Ansätze.....	9
2.4. Die ersten Master-Studiengänge Friedens- und Konfliktforschung im Überblick.....	10
3. Ein Erklärungsmodell zur Etablierung von Master-Studiengängen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung	11
3.1. Vorbedingungen der Einführung friedenswissenschaftlicher Studiengänge.....	12
3.2. Die Schlüsselbedingung des Durchbruchs: Die Einführung des zweistufigen Studiensystems	14
3.3. Bedingungen und Engagement vor Ort als Schlüsselfaktoren der Institutionalisierung.....	15
3.4. Die organisatorisch-strukturelle Institutionalisierung friedenswissenschaftlicher Lehre.....	20
4. Resümee und Ausblick	22
Literatur	24

DER AUTOR

Stephan Sielschott

Stephan Sielschott ist Diplom-Soziologe, M.A. Friedensforschung und Sicherheitspolitik, promoviert im DFG-Graduiertenkolleg »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« der Philipps-Universität Marburg über das Framing medialer Stereotypisierungen und ist Redakteur der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden.

STEPHAN SIELSCHOTT

FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHE LEHRE IM WANDEL: AUS DER NISCHE IN DEN BOOM?

EXECUTIVE SUMMARY

The following paper examines the causes and factors which in recent years have led to the establishment of several peace studies courses in Germany and discusses the impacts and consequences of this development.

First of all, the paper describes the formation of peace teaching from the 1970s on. At this time, it was conducted only by some professors and from the 1980s on within academic circles of the peace movement. However, it was not structurally fixed at the universities.

In the main section, the paper analyses the development of peace studies courses from the mid-1990s. Within this process, two key factors are stressed: the nationwide implementation of the two-stage study structure within the framework of the Bologna Process on the one hand, and the stepwise and long lasting strategic development of teaching locations through the utilization of political and scientific opportunity structures on the other hand. Further factors are presented: After the end of the Cold War, the nationwide policy to support peace studies improved, peace studies were focusing on new conflicts and suitable labor markets for graduates emerged.

The paper then brings forward the argument that within the framework of study programs the objectives, contents, methods and organization of learning and teaching peace were curricularly justified and fixed for the first time. It is shown that the organizational institutionalization of teaching peace in the form of study programs implies a higher level of institutionalization compared to the personal-dependent institutionalization of the past. Once established, study programs function relatively independent from subjective and political interests.

FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHE LEHRE IM WANDEL: AUS DER NISCHE IN DEN BOOM?

BEDINGUNGEN UND BEDEUTUNGEN DER ETABLIERUNG FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHER MASTERSTUDIENGÄNGE

1. EINLEITUNG

Es habe sich geradezu „Revolutionäres“ ereignet, so Peter Imbusch und Ralf Zoll in ihrem Vorwort zum Einführungsband Friedens- und Konfliktforschung (FuK) (2005). Zu diesem Zeitpunkt hatten Studierende an mehreren Universitäten – in Hagen, Hamburg, Magdeburg, Marburg und Tübingen – bereits seit einigen Jahren die Möglichkeit, FuK als voll- und eigenständigen Studiengang zu studieren, in dem forschungsbezogene Kenntnisse vermittelt und kritisch hinterfragt werden (Brühl 2004: 3). Weitere friedenswissenschaftliche Lehr-Standorte – Augsburg, Berlin/Potsdam, Duisburg/Essen und Frankfurt/Darmstadt – kamen in letzter Zeit hinzu, während das Hagener Programm wieder eingestellt wurde.

Vor der Entstehung der Studiengänge war Lehre im Bereich der FuK über viele Jahre hinweg etwas Zusätzliches, auf das zur Not verzichtet werden konnte (Imbusch 1998: 162). In den 1970er und 80er Jahren fristete die FuK-Lehre an den Hochschulen ein Schattendasein (Kinkelbur 1994: 171), nirgendwo war sie strukturell verankert (Dominikowski 1991a, 4) und alles spielte sich im Umfeld einzelner Lehrstühle ab. Umfang und Rahmen einzelner isoliert nebeneinander stehender Seminarveranstaltungen wurden nicht überschritten. An keinem Ort existierte in der Bundesrepublik ein übergreifendes Lehrkonzept in Form eines umfassenden Curriculums.

Im Rahmen dieses Papiers werden zwei Fragestellungen verfolgt, die dem Wandel friedenswissenschaftlicher Lehre nachspüren. Erstens sollen die Ursachen und Bedingungen der ‚Revolution‘ geklärt werden: Ist die Einführung eigenständiger Studiengänge ein Produkt des Zusammenwirkens glücklicher

Umstände oder handelt es sich im Gegenteil um den Endpunkt eines, vielleicht sogar strategisch ins Werk gesetzten, längeren Institutionalisierungsprozesses? Lassen sich allgemeine Faktoren bestimmen oder variieren die Bedingungen von Standort zu Standort? Zweitens soll das Phänomen der Einführung friedenswissenschaftlicher MA-Studiengänge bezüglich seiner tieferen Bedeutungen und Konsequenzen für die FuK-Lehre analysiert werden: Was unterscheidet die neue FuK-Lehre in Form eigenständiger Studiengänge von der lange Zeit alternativlos vorherrschenden Praxis einzelner Lehrveranstaltungen? Inwiefern handelt es sich hier um eine andere Form der Institutionalisierung oder sogar um ein höheres Institutionalisierungs-Niveau? Welche Chancen eröffnet der neue Institutionalisierungs-Modus der FuK-Lehre? Welche Herausforderungen ergeben sich hiermit, und welche Risiken sind zu beachten?¹

1 Die hier vorliegende Studie basiert auf einer Diplomarbeit, die unter demselben Titel im Jahr 2005 an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld eingereicht wurde. Mit Hilfe der 1967 von Barney G. Glaser und Anselm L. Strauss erstmals beschriebenen Forschungsstrategie der „Grounded Theory“ (vgl. Glaser/Strauss 1967) wurde ein gegenstandsbezogener theoretischer Ansatz bzw. ein Erklärungsmodell für die Entstehung friedenswissenschaftlicher MA-Studiengänge entwickelt. Zu diesem Zweck wurden 15 Interviews mit VertreterInnen der friedenswissenschaftlichen MA-Studiengänge und weiteren ExpertInnen aus dem Bereich der FuK geführt. Zum Teil wurden die beteiligten Personen in den Jahren 2005 und 2010 zusätzlich schriftlich befragt. Die Befragungen wurden der Methodik der Grounded Theory folgend auf die oben skizzierten Fragestellungen hin analysiert. Die Analyse fokussiert auf die ersten fünf zum Zeitpunkt der Interviews im Jahr 2005 bereits angelaufenen Studien-Programme. Der erst im WS 2007/08 eingeführte Studiengang in Frankfurt/Darmstadt wird in die Analyse mit einbezogen, da er parallel zu den anderen Programmen konzipiert wurde.

2. VON DER PERSONENBEZOGENEN ZUR ORGANISATORISCH-STRUKTURELLEN INSTITUTIONALISIERUNG FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHER LEHRE

Die friedenswissenschaftliche Hochschullehre wurde in der Bundesrepublik Deutschland nicht erst mit der Einführung eigenständiger Studiengänge entdeckt. Ab Ende der 1960er, Anfang der 70er Jahre widmeten sich WissenschaftlerInnen – vor allem aus den Politikwissenschaften – dem Thema Frieden in Forschung und Lehre. Darüber hinaus entwickelten sich neue, auch interdisziplinäre Impulse für die friedenswissenschaftliche Lehre im Kontext der Friedensbewegung der 80er Jahre.

2.1. ZWISCHEN LEHRSTUHL UND FRIEDENSBEWEGUNG: FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHE LEHRE IN DEN 1970ER, 80ER UND 90ER JAHREN

Ende der 1960er Jahre waren die wissenschaftsinternen und -externen Bedingungen für die Institutionalisierung der FuK überaus günstig (vgl. Wasmuht 1998: 189-193). Auf Seiten der Wissenschaft gab es engagierte Einzelpersonlichkeiten, einen grundlegenden Bestand an wissenschaftlichen Arbeiten sowie interessierte Studierende. Auf internationaler Ebene führte das nukleare Patt der Supermächte zu einer Phase der Entspannungspolitik, in der die neue sozialliberale Bundesregierung die FuK zur Forschungspriorität erklärte.

Während außeruniversitär verschiedene friedenswissenschaftliche Forschungsinstitute entstanden, waren innerhalb der Universitäten einige ausdrücklich für FuK bestimmte Professuren geschaffen worden: An der Freien Universität (FU) in Berlin wurden zwei einschlägige Lehrstühle mit Theodor Ebert (Friedensforschung und Innenpolitik) und Ulrich Albrecht (Friedensforschung und Internationale Politik) besetzt. Volker Rittberger wurde 1972 auf den Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung in Tübingen berufen und Dieter Senghaas bekam 1978 die Professur für Internationale Politik und internationale Gesellschaft, insbesondere Friedens-, Konflikt- und Entwicklungsforschung an der Universität Bremen.

Explizit friedenswissenschaftliche Stellenbeschrei-

bungen dieser Art blieben jedoch die Ausnahme. Typischerweise waren es FachwissenschaftlerInnen, die Friedensthemen aus ihrer Disziplin heraus aufgriffen und lehrten. Es gab, wie Dieter Senghaas anmerkte, viele Orte „wo es das dem Namen nach nicht gibt, wo aber einzelne Professoren genau das machen. Man braucht nicht die Etikette einer Stellenbeschreibung, wenn jemand das auch ohne macht“ (Interview 2005). Karlheinz Koppe² ging davon aus, dass in den 1970er und 80er Jahren bis zu 90% der FriedenswissenschaftlerInnen, die über einen Lehrstuhl verfügten, aus dem Bereich der Politikwissenschaften kamen (Interview 2005). Viele Politikwissenschaftler, so Dieter Senghaas, hätten im Rahmen der Erweiterung ihrer Disziplin um den Bereich der Internationalen Beziehungen (IB) zu Beginn der 1970er Jahre eine entschieden friedentheoretische Perspektive eingenommen (Interview 2005). FuK wurde demnach nicht als eigenständige Disziplin, sondern als kritische Forschungsperspektive angesehen, die, auch was die Lehre anbelangt, zu weiten Teilen innerhalb des politikwissenschaftlichen Teilbereichs der IB angesiedelt war.

Ein friedenswissenschaftlicher Standort steht und fällt aus dieser Sicht mit der Existenz eines Lehrstuhls und den damit gegebenen Möglichkeiten. Peter Krahulec³ betonte dagegen die Bedeutung des Lernens in außer- und gegeninstitutionellen sozialen Bewegungen (Interview 2005). Inspiriert hat Krahulec, wie viele seiner ‚MitstreiterInnen‘, insbesondere die Friedensbewegung der 1980er Jahre, die ihrerseits neue, in mehrfacher Hinsicht andersartige friedenswissenschaftliche Ansätze hervorgebracht hat. So beobachtete Corinna Hauswedell⁴ ab 1983 „als Reflex auf den Höhepunkt der Auseinandersetzung um die atomaren Mittelstreckenraketen eine quantitati-

2 Karl-Heinz Koppe war von 1972 bis 1983 mit dem Aufbau und der Leitung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) beschäftigt und leitete von 1984 bis 1994 die Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB).

3 Peter Krahulec war bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2008 Professor im Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Fulda und Sprecher des 2008 aufgelösten bundesweiten Arbeitskreises Frieden in Forschung und Lehre an Fachhochschulen. Heute arbeitet er schwerpunktmäßig zu den Themen Erinnerungskultur und Feindbildproduktion und ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der KZ-Gedenkstätte Moringen.

4 Corinna Hauswedell war von 2002 bis 2005 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), ist Vorsitzende der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (IWIF), Gründerin des Unternehmens International Conflict Analysis and Dialogue sowie assoziierte Mitarbeiterin des Bonn International Center for Conversion (BICC).

ve Ausweitung friedenswissenschaftlicher Arbeit an den Hochschulen über die bisherigen Hauptorte institutionalisierter Friedensforschung hinaus, eine thematische Auffächerung, die sich stärker aus den aktuellen politischen Diskussionen speist sowie Ansätze einer neuen Struktur der Friedenswissenschaft“ (1990: 3). Ringvorlesungen und Vorlesungsreihen avancierten zu einer weit verbreiteten Form friedenswissenschaftlicher Lehre und fanden ab 1983 unregelmäßig an fünfzehn bis zwanzig Hochschulen statt (Hauswedell 1990: 4-5). Im Unterschied zu den etablierten Formen der Lehre im Bereich der FuK waren die neuen Ringvorlesungen in der Regel multi- oder interdisziplinär angelegt, wurden häufig in Zusammenarbeit mit lokalen Kräften der Friedensbewegung organisiert und sollten der Information, Qualifizierung und Aufklärung einer hochschulinternen und außeruniversitären Öffentlichkeit dienen. Parallel dazu wurden Friedensthemen in unterschiedlichen Disziplinen zunehmend auch in einzelnen regulären Lehrveranstaltungen und Seminaren angeboten (Hauswedell 1990: 5-6).

Verschiedene Dokumentationen und Analysen belegen, dass die Friedenswissenschaften in den 1980er und 90er Jahren in der Hochschullehre angekommen waren.⁵ Inwieweit jedoch konnte friedenswissenschaftliche Lehre auch institutionalisiert bzw. verstetigt und dauerhaft angeboten werden?

2.2. PREKÄRE LEHRE: DIE NOTWENDIGKEIT CURRICULARER INSTITUTIONALISIERUNG

Karlheinz Koppe zog mit Blick auf die Zahl friedensrelevanter Lehrstühle eine ernüchternde Bilanz: „Es gab in der BRD nicht viele Positionen, auf denen man in die Lehre hätte einsteigen können“ (Interview 2005). Wer einen Lehrstuhl bekam, konnte zudem

nicht nach Belieben friedenswissenschaftliche Lehre betreiben, sondern hatte die mit dem jeweiligen Deputat einhergehenden Lehrverpflichtungen zu erfüllen. „Friedenslehre wurde in vielen Fällen zusätzlich, eher nebenher angeboten, da man sich häufig damit aufrieb, Politik I und II lesen zu müssen“ (Koppe, Interview 2005). Trotzdem war die Lehre ein Stück weit institutionalisiert, zumeist in Form politikwissenschaftlicher Lehrstühle.

Der Begriff der Institution versucht in den gängigen Konzeptionen das Dauerhafte und Stabile, das über einzelne Handlungen hinaus Bestand habende, zu erfassen. Lange Jahre konnte sich ein kleiner Teil der Studierenden durchaus darauf verlassen, dass einzelne ProfessorenInnen in ihren Veranstaltungen regelmäßig friedensrelevante Fragen behandelten. Damit stellten vereinzelte Lehrangebote „Regeln mit erwartetem Geltungsanspruch“ (Esser 2000: 5) dar und führten zu einem gewissen Maß an „Erwartungssicherheit“ (Czada 1995: 205) auf Seiten der Studierenden – waren in diesem Sinne also institutionalisiert. Jedoch konnten Studierende FuK nicht in den Mittelpunkt ihres Studiums stellen und darin einen Abschluss erwerben (Brühl 2004: 7).

Diese personenabhängige Form der Institutionalisierung war zudem ständig gefährdet. Christiane Lammers⁶ etwa bedauerte, dass in Berlin nach der Emeritierung von Theodor Ebert, Ekkehart Krippendorff und Ulrich Albrecht „kaum etwas nachgekommen“ sei (Interview 2005).⁷ Mit Blick auf die Nachfolge Werner Rufs⁸ in Kassel stellte Peter Strutynski⁹ fest, die universitäre FuK und FuK-Lehre sei in den letzten Jahren stark zurückgedrängt worden (Interview

⁵ Das von der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (IWIF) veröffentlichte Handbuch enthält u. a. eine Dokumentation friedenswissenschaftlicher Lehrveranstaltungen (Lammers/Battke/Hauswedell 1993: 367-378). Für das Jahr 1992 weisen die Autorinnen in ganz Deutschland über 100 reguläre Lehrveranstaltungen zu friedenswissenschaftlichen Themen nach. Christiane Lammers und Hajo Schmidt erfassen für Nordrhein-Westfalen zwischen 1992 und 1994 immerhin 83 friedenswissenschaftliche Lehrangebote (1995: 11), während Gudrun Schwarzer für Niedersachsen allein in den Winter- und Sommersemestern 1997/98 359 Lehrveranstaltungen mit friedenswissenschaftlichem Bezug verzeichnet (1998: 11). Beide Länderstudien konstatieren nach wie vor eine quantitative Dominanz politikwissenschaftlicher Veranstaltungen. Für den Bereich der Soziologie kam Matthias Rösener 1989 zu dem Ergebnis, dass von ca. 5000 im Wintersemester 1988 erfassten Seminaren etwa 14% Friedensthemen behandelten (zit. n. Dominikowski 1991a: 4).

⁶ Christiane Lammers ist seit 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts Frieden und Demokratie (IFD) der FernUniversität in Hagen und Koordinatorin der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft Nordrhein-Westfalen (LAG). Sie war von 1994 bis 2002 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der bundesdeutschen Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK) und von 2000 bis 2005 stellvertretende Vorsitzende im Gründungsvorstand bzw. Vorstand der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF).

⁷ Im April 2005 wurde Sven Chojnacki Juniorprofessor für Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik am Otto-Suhr-Institut (OSI) für Politikwissenschaft der FU Berlin, bevor er nach einer Zwischenstation in Kiel im März 2009 als Nachfolger von Ulrich Albrecht auf eine Professur für Vergleichende Politikwissenschaft und empirische Friedens- und Konfliktforschung berufen wurde und die Leitung des Arbeitsbereichs FuK am OSI übernahm.

⁸ Werner Ruf war von 1982 bis zu seiner Emeritierung 2003 Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel.

⁹ Peter Strutynski war bis 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung der Universität Kassel und ist weiterhin Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag.

2005). Lehrstühle im Bereich der IB, so Strutynski, seien nach der Emeritierung des friedenswissenschaftlich engagierten Lehrstuhlinhabers häufig anderweitig besetzt worden (Interview 2005).

Christiane Lammers und Hajo Schmidt stellten die Frage der Kontinuität Mitte der 90er Jahre bezüglich der friedenswissenschaftlichen Lehrangebote in NRW. Es zeigte sich, dass „mehr als 50% der Angebote keine Regelangebote sind, sondern eher als ‚Orchideen‘ zu bezeichnen sind“ (1995: 12). Die Friedenswissenschaft befinde sich in einer Phase erster institutioneller Ansätze und stehe völlig am Anfang einer Integration in die bestehenden Hochschulstrukturen (Hauswedell 1990: 10-11). Eine Aufnahme in die regulären Curricula blieb friedenswissenschaftlichen Themen bis zu diesem Zeitpunkt verwehrt. Rhythmus und Häufigkeit der Lehrangebote erscheinen aufgrund der mangelnden curricularen Verankerung als sehr beliebig und nur durch subjektives Engagement gesichert (Lammers/Schmidt 1995: 1). „Solange keine institutionelle Aufnahme dieser Lehrveranstaltungsthemen und Strukturen in die Curricula erfolgt...wird die Existenz ungesichert, beliebig bzw. abhängig vom Engagement einzelner WissenschaftlerInnen bleiben“ (Hauswedell 1990: 7). Die curriculare Verankerung friedenswissenschaftlicher Lehre wurde zur Schlüsselfrage und Herausforderung der nächsten Jahre.

2.3. EIN FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHES CURRICULUM: DISKUSSIONEN UND PRAKTISCHE ANSÄTZE

Ende der 1980er Jahre entwickelten NachwuchswissenschaftlerInnen der zur Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) gehörenden AG Nachwuchsförderung und der ihr nachfolgenden AG-Curriculum einen Lehrplan Friedensforschung (Brühl 2004: 8). Ausgehend von der Frage nach dem Sinn und Zweck von Friedenslehre wurde erstmals diskutiert, welche Themen, Lernziele und Lehrformen Bestandteil eines Curriculums sein sollten und wie dies organisiert und durchgesetzt werden könnte. Durchaus bewusst war den damaligen Protagonisten, dass die curriculare Institutionalisierung der Friedenslehre nicht nur eine wissenschaftliche und didaktische Aufgabe, sondern ebenso ein bildungs-, wissenschafts- und gesellschaftspolitisch zu begründendes und durchzusetzendes Projekt darstellte (Dominikowski 1991a: 25-27). Schließlich bewegten sich die Friedenswissenschaften dieser Zeit in einem Spannungsfeld zwischen kritisch-wissenschaftlicher

Aufklärung und dem Anspruch auf institutionelle Verankerung (Hauswedell 1990: 5). Wie Tanja Brühl¹⁰ rückblickend feststellte, ging Friedenslehre dem damaligen Verständnis nach von dem Axiom aus, dass gewaltbasierte Interventionen in Konflikte abzulehnen sind (2004: 8-9). Friedenslehre sollte zum Friedenshandeln befähigen und sich als Teil einer Friedensstrategie legitimieren (Dominikowski 1991b). Institutionalisierung und Institutionenpolitik sollten demnach kein Selbstzweck sein, sondern im Dienst der Durchsetzung bestimmter Wertvorstellungen und Leitideen stehen.

Diskutiert wurde auch, in welcher Form friedensrelevante Lehrangebote in die bestehenden Hochschulstrukturen integriert werden sollten. Während sich Martin Köhler entschieden gegen die Orientierung an einem Curriculum aussprach und Friedensforschung stattdessen als Querschnittsaufgabe in alle Disziplinen integriert sehen wollte, (Interview 1993, zit. n. Wasmuht 1998: 361), warnte Dieter Kinkelbur vor „Scheinalternativen“: „Viel stärker als bisher sollten die spezifischen Gegebenheiten an der jeweiligen Hochschule und die wissenschaftspolitischen Möglichkeiten auf den Länderebenen genutzt werden“ (1994: 184). Christiane Lammers und Hajo Schmidt plädierten mit Blick auf NRW für einen behutsamen und schrittweisen Auf- und Ausbau der Friedenslehre: „Dieser könnte sofort beginnen mit der Aufnahme friedenswissenschaftlicher Themen...in die Prüfungsordnungen einzelner Fächer...könnte sich fortsetzen als Friedenswissenschaft im Nebenfach des Master- oder Diplomstudiengangs...und schließlich enden mit der Errichtung eines Hauptfachs Friedenswissenschaft im Master- oder Diplomstudium“ (1995: 66).

Ab Mitte der 1990er Jahre stellten sich erste Zwischenerfolge ein. In Tübingen wurden friedenswissenschaftliche Themen formell 1995 zum Bestandteil des politikwissenschaftlichen Master-Studiengangs der IB, an der FernUniversität Hagen wurde 1996 erstmals ein Zertifiziertes Friedenswissenschaftliches Weiterbildungsstudium (ZWS) angeboten und 1996/97 startete in Marburg der erste Nebenfach-Studiengang FuK für verschiedene Diplom-Studiengänge und ein Jahr später wurde FuK auch als Master-Nebenfach angeboten. Wenn Peter Imbusch dieses Angebot zu dieser Zeit als den „am weitesten vorangeschrittenen Versuch der Etablierung eines

¹⁰ Tanja Brühl war ab 2002 Juniorprofessorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt, ist dort seit 2007 Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt internationale Institutionen und Friedensprozesse und verantwortlich für den MA-Studiengang Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung.

Curriculums Friedens- und Konfliktforschung“ (1998: 170) bezeichnet, lässt sich bereits erahnen, dass dies nicht der letzte Schritt auf dem von Christiane Lammers und Hajo Schmidt aufgezeigten Weg bleiben sollte.

2.4. DIE ERSTEN MASTER-STUDIENGÄNGE FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG IM ÜBERBLICK

Wurden die Diskussionen über ein Curriculum Friedenslehre ab Ende der 80er Jahre noch an zentraler Stelle innerhalb der AFK geführt, so vollzog sich die Entwicklung und Umsetzung konkreter Projekte dezentral. Der Arbeitskreis Curriculum der AFK wurde erst 2004 zu einem Zeitpunkt wiederbelebt, als die ersten MA-Studiengänge im Bereich der FuK – jeder für sich – bereits weitgehend ausgearbeitet und implementiert waren. Fünf MA-Studiengänge starteten in dieser Zeit mehr oder weniger parallel. Der Hamburger MA-Studiengang wurde erstmals 2002/03 angeboten, in Magdeburg startete man im WS 2003/04, während das MA-Studium in Hagen, Marburg und Tübingen jeweils zum Wintersemester (WS) 2004/05 begann. Der Studiengang in Frankfurt/Darmstadt wurde zwar annähernd zeitgleich mit den anderen Programmen konzipiert, jedoch erst im WS 2007/08 eingeführt.¹¹

Der zweisemestrige Hamburger Postgraduierten-Studiengang Master of Peace and Security Studies (M.P.S.) ist ein Studiengang der Universität Hamburg und wird federführend vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) organisiert (Schneider 2005). Praxisorientierung und Interdisziplinarität sollen insbesondere durch die Zusammenarbeit mit dem Kooperationsverbund Friedensforschung und Sicherheitspolitik (KoFrieS), der sieben universitäre Fachbereiche und 18 außeruniversitäre Forschungsinstitute umfasst, gewährleistet werden. In der Forschungstradition des IFSH stehend, kombiniert das Studienprogramm friedenswissenschaftliche und sicherheitspolitische Themenschwerpunkte.

Der vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen angebotene MA-Studiengang Friedensforschung und internationale Politik ist im Gegensatz zum Hamburger Studiengang auf vier Studiensemester hin angelegt (Nielebock 2005). Im Vergleich zu den anderen Studiengängen konzentriert sich dieses Programm am stärksten auf politikwissenschaftliche Fragen internationaler und zwischen gesellschaftlicher Beziehungen und knüpft so an eine langjährige Tradition von Lehrveranstaltungen zur Friedensforschung und internationalen Politik in Tübingen an. Diese beruht institutionell vor allem auf dem 1972 mit Volker Rittberger besetzten Lehrstuhl Außenpolitik und Internationale Politik/Friedens- und Konfliktforschung.

Wie der Tübinger Studiengang konzentriert sich auch der viersemestrige MA-Studiengang Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung der Universität Frankfurt, der Technischen Universität Darmstadt und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) vornehmlich auf inter- und transnationale Konflikte (Brühl 2005). Diese werden aus der Sicht verschiedener Disziplinen, insbesondere der Politikwissenschaft, aber auch der Soziologie, der Philosophie, sowie der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften analysiert. Damit greift der Studiengang die bestehenden Forschungsschwerpunkte der drei mitwirkenden Institutionen auf.

Im Unterschied zu den eher IB-orientierten Studienprogrammen in Tübingen und Frankfurt/Darmstadt thematisiert der viersemestrige MA-Studiengang Friedens- und Konfliktforschung der Universität Marburg politische und gesellschaftliche Konflikte in einem breiteren Sinne sofern sie einen weltgesellschaftlichen Bezug aufweisen (Schmitt 2005). Der Marburger MA-Studiengang kann auf den ab 1996 im Nebenfach FuK gesammelten Erfahrungen aufbauen und gründet seine Interdisziplinarität auf das 2001 eröffnete Zentrum für Konfliktforschung (ZfK).

Als einziger in den ostdeutschen Bundesländern gelegener Standort bietet die Universität Magdeburg einen MA-Studiengang Friedens- und Konfliktforschung an (Krause/Meyer 2005). Wie der Tübinger MA-Studiengang wird auch das Magdeburger Programm vom Institut für Politikwissenschaft organisiert und dauert vier Semester. Allerdings soll eine disziplinäre Engführung durch die Einbeziehung verschiedener Fächer – u. a. der Soziologie, Kulturwissenschaften, Philosophie, Geschichte und Psychologie – vermieden werden. Der FuK-Schwerpunkt eher informeller Art entwickelte sich ab 1992 am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und politische Theorie von Erhard Forndran.

¹¹ In den letzten Jahren sind weitere Studiengänge mit mehr oder weniger starken friedenswissenschaftlichen Bezügen entstanden. Unter anderem bieten die FU Berlin, die Humboldt-Universität zu Berlin und die Universität Potsdam seit dem Studienjahr 2005/06 einen gemeinsamen MA-Studiengang *Internationale Beziehungen* an, das MA-Programm *Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik* der Universität Duisburg/Essen startete im WS 2006/07 und die Universität Augsburg offeriert seit dem WS 2009/10 einen MA-Studiengang *Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung*.

Der Studiengang Master of Peace Studies der FernUniversität Hagen startete im Jahr 2004, wurde 2008 jedoch bereits wieder eingestellt.¹² Bei dem Studienprogramm handelte es sich um ein kostenpflichtiges dreijähriges Weiterbildungsangebot, das die Studierenden berufsbegleitend wahrnehmen konnten (Kerkhof van de/Lammers 2005). Die Politikwissenschaften und speziell die IB bildeten zwar einen Schwerpunkt, wurden aber durch Beiträge mehrerer Disziplinen ergänzt. Inhaltlicher Kernpunkt des Programms war die normative Orientierung entlang der Galtungschen Prämisse „Peace by Peaceful Means“ (Christiane Lammers, schriftliche Befragung 2010). Das federführende Hagener Institut Frieden und Demokratie (IFD) wurde bei der Umsetzung des Lehrprogramms von dem seit 1995 bestehenden Netzwerk der Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft Nordrhein-Westfalen (LAG) unterstützt.

3. EIN ERKLÄRUNGSMODELL ZUR ETABLIERUNG VON MASTER-STUDIENGÄNGEN IM BEREICH DER FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

Zur Beantwortung der Ausgangsfragen nach den Bedingungen und Bedeutungen der Etablierung friedenswissenschaftlicher Studiengänge wurde ein gegenstandsbezogenes Modell entwickelt, dessen Kategorien im Folgenden erläutert werden (vgl. Abb. 1).¹³

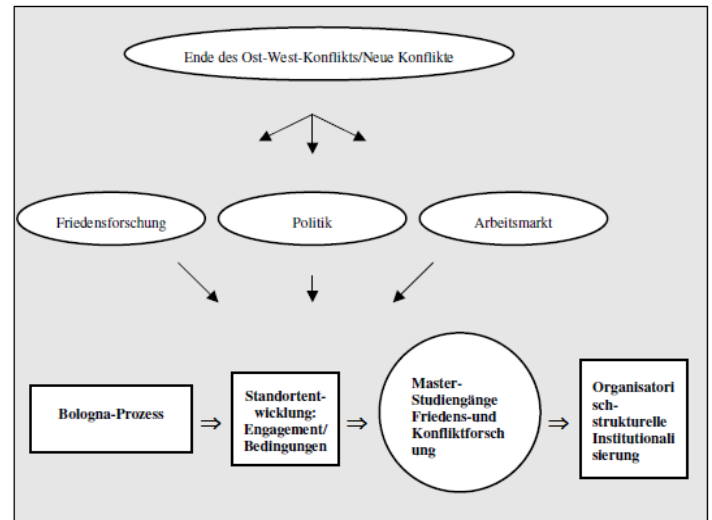


Abbildung 1: Erklärungsmodell zur Etablierung von Master-Studiengängen Friedens- und Konfliktforschung

Die drei Schlüsselkategorien – der Bologna-Prozess, die Standortentwicklung und die organisatorisch-strukturelle Institutionalisierung – haben innerhalb des Modells unterschiedliche, auf verschiedenen Ebenen angesiedelte Funktionen. Der Bologna-Prozess, die Einführung der zweistufigen Studienstruktur also, stellt die zentrale Vorbedingung der Einführung friedenswissenschaftlicher Studiengänge dar (vgl. Abschn. 3.2). Die Standortentwicklung als zweite Schlüsselkategorie umfasst erstens Engagement, Aktivitäten und Strategien der Akteure

¹² Im Rahmen der Vertrauensschutzregelung wird den Studierenden bis April 2012 ermöglicht, ihr angefangenes Studium abzuschließen (vgl. Abschn. 3.3).

¹³ Das Erklärungsmodell ist das Ergebnis eines mehrstufigen Kodierverfahrens im Rahmen der Methode der *Grounded Theory*. Als Ausgangspunkt der Analyse fungiert das sog. Kodierparadigma (vgl. Strauss/Corbin 1996: 75-93). Innerhalb des Datenmaterials werden als Analysekategorien das zu erklärende Phänomen, ursächliche Bedingungen, der Kontext, intervenierende Bedingungen, Handlungs- und Interaktionsstrategien sowie Konsequenzen unterschieden. Vor allem kommt es hier darauf an, diejenigen Schlüsselkategorien der Analyse durch ständiges Vergleichen der unterschiedlichen Fälle bzw. Lehr-Standorte zu bestimmen, denen ein besonderer Erklärungswert bezüglich der Entstehung der MA-Studiengänge FuK zukommt und diese miteinander in Beziehung zu setzen.

vor Ort sowie zweitens die objektiven Standortbedingungen als Kontext, in welchem die Handlungen der Akteure stattfinden (vgl. Abschn. 3.3). Beide Faktoren zusammen – subjektives Engagement und objektive Bedingungen vor Ort – erklären die unterschiedlichen Profile der Studiengänge, aber auch die Unterschiede hinsichtlich ihrer Institutionalisierung. Die Standortkategorie fungiert somit als eine Art Filter, der bestimmt, ob und in welcher Form die anderen Faktoren auf die Entwicklung der Studiengänge vor Ort wirken. Die organisatorisch-strukturelle Institutionalisierung schließlich bildet die dritte Schlüsselkategorie und ist die von verschiedenen Seiten intendierte und strategisch geplante Konsequenz der Einführung friedenswissenschaftlicher Studiengänge (vgl. Abschn. 3.4).

Auf die Handlungen und Strategien der am Institutionalisierungsprozess beteiligten Akteure haben weitere historisch vorgelagerte Entwicklungen eingewirkt, die zentrale Vorbedingungen der Einführung friedenswissenschaftlicher Studiengänge darstellen. Diese Vorbedingungen – das Ende des Ost-West-Konflikts sowie die u. a. hieraus resultierenden Entwicklungen in den Bereichen Politik, Friedensforschung und Arbeitsmarkt – werden im folgenden Abschnitt 3.1 näher erläutert.

3.1. VORBEDINGUNGEN DER EINFÜHRUNG FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHER STUDIENGÄNGE

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Entstehung neuer bzw. die „Wiederentdeckung“ alter Konfliktkonstellationen, wurden in vielen Interviews als wichtige Vorbedingungen der Entstehung friedenswissenschaftlicher Studiengänge thematisiert. Das Ende des Ost-West-Konflikts stellt jedoch keine direkte Ursache für die Entstehung friedenswissenschaftlicher Studiengänge dar. Vielmehr handelt es sich dabei um einen Faktor, der andere Rahmenbedingungen des Institutionalisierungsprozesses positiv beeinflusst hat. Die thematisierten Konsequenzen lassen sich in drei Dimensionen gliedern. Die Auflösung der starren Blockstrukturen und die Entstehung neuer Konfliktkonstellationen hatten starke Auswirkungen auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland sowie auf das Feld der Friedens- und Entwicklungsarbeit sowie Konfliktbearbeitung und damit auf einen für AbsolventInnen friedenswissenschaftlicher Studiengänge interessanten Arbeitsmarkt.

Die drei genannten Felder wiederum waren von ho-

her Relevanz bezüglich der Entstehung der MA-Studiengänge FuK. Damit stellt das Ende des Ost-West-Konflikts eine wesentliche Vorbedingung des Institutionalisierungsprozess dar, die zeitlich zwar in einiger Distanz zur Entstehung der MA-Studiengänge FuK zu verorten ist, andere wichtige Rahmenbedingungen jedoch ohne Zweifel stark beeinflusst hat (vgl. Abb.1).

Der Etablierung friedenswissenschaftlicher Studiengänge haben u. a. politische Entwicklungen im nationalstaatlichen Raum den Weg bereitet. Vor dem Hintergrund, dass die CDU/CSU/FDP-Regierung die staatliche Förderung der FuK Anfang der 1990er Jahre ausgesetzt hatte, betonten die beteiligten Akteure – zumindest sofern ihr Studiengang positiv betroffen war – die förderpolitischen Konsequenzen des Regierungswechsels 1998.¹⁴ Die von der rot-grünen Regierung gegründete Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) hatte vier friedenswissenschaftliche Studiengänge anschubfinanziert: Auf nationaler Ebene, so z. B. Thorsten Bonacker, „ist natürlich die Einrichtung der DSF entscheidend für uns...So eine Förderung von über einer halben Million Euro öffnet einem an der Universität natürlich endgültig die Türen“ (Interview 2005).

Für die aus Sicht der Befragten weitgehend gesicherte Stabilität der DSF wurde – auch wenn CDU und FDP die Gründung der DSF ablehnten¹⁵ – insbesondere die Angleichung sicherheits- und friedenspolitischer Positionen innerhalb des Parteienspektrums seit dem Ende des Ost-West-Konflikts verantwortlich gemacht. Frieden und Sicherheit, so Hans J. Gießmann¹⁶, werde heute weniger als Themenfeld gesehen, das sich für die politische Auseinandersetzung im Parteienstreit eignet. Konstruktiv nach Konfliktlösungen zu suchen, werde inzwischen parteienübergreifend wohlwollend begleitet (Interview 2005). Bei Corinna Hauswedell klang eine gewisse Ambivalenz in der Beurteilung dieses Allparteienkonsenses an: „In der Friedensforschung, wie in der gesamten poli-

14 Die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung strich nahezu die gesamte Förderung der FuK aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) (Hauswedell 1997: 246), welche die Förderung der FuK nach Auflösung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) ab 1983 weitergeführt hatte (Hauswedell 1997: 243).

15 Der CDU-Bundestagsabgeordnete Eckart von Klaeden hielt die Förderinstitution für „überflüssig wie ein Kropf“ und für einen „ideologischen Biotop“ SPD-naher Wissenschaftler (Klaeden 2000, 7554ff.).

16 Hans J. Gießmann war Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) und Leiter des Studiengangs Master of Peace and Security Studies. Seit 2008 ist er Direktor von Berghof Conflict Research (BCR).

tischen Debatte über Frieden und Sicherheit, hat eine Entideologisierung stattgefunden, die ganz stark etwas zu tun hat mit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Das führte zu einem parteiübergreifenden Konsens – zu weitgehend wahrscheinlich – aber dieser Konsens hat es letztlich doch ermöglicht, eine Stiftungsstruktur einzurichten, die durchaus den Versuch macht, das gesellschaftliche Ganze zu repräsentieren“ (Interview 2005). Christiane Lammers kritisierte die nach wie vor unangefochtene Dominanz des militärischen Faktors als Teil des friedens- und sicherheitspolitischen Konsenses, schlussfolgerte aber, ähnlich wie Corinna Hauswedell, solange diese Dominanz nicht in Frage gestellt werde, drohe der Stiftung auch seitens der CDU keine Gefahr: „Die Förderung der Friedensforschung bedeutet nicht, dass es eine Abkehr von militärischer Verteidigung und dem Setzen auf die militärische Karte gäbe....Man kann also offensichtlich beides tun und es beruhigt die CDU sicherlich auch, dass militärische Sicherheit nicht in Frage gestellt wird“ (Interview 2005).

Das Ende der Blockkonfrontation führte auch im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu einem Paradigmenwechsel. Neue Konfliktkonstellationen entstanden und wurden genauso zum Forschungsgegenstand wie alte Konflikte, die vom Ost-West-Konflikt überlagert und ausgeblendet worden waren. Die bis dahin weitgehend auf militärische Fragen und Kriegsvermeidung konzentrierte Forschungspraxis, so die Befragten, sei einem breiteren Zugang gewichen, der eine zunehmend anwendungsorientierte Analyse internationaler Konflikte und ihrer zivilen Bearbeitung mit sich brachte. Die Friedensforschung, so Hans J. Gießman, habe sich „Anfang der 90er Jahre, als wir davon ausgingen, dass die alten Fragen des Ost-West-Konflikts der Vergangenheit angehören, sehr stark dem erweiterten Sicherheitsbegriff zugewandt und eben auch Fragen der ökonomischen, sozialen und kulturellen gesellschaftlich-politischen Beziehungen untersucht. Das ist ein breiter gefasster Zugang zum Thema Frieden, der eben nicht nur den Zustand des Nicht-Kriegs in den Mittelpunkt rückt, sondern auch Friedenskonsolidierung und strukturelle Friedensentwicklung“ (Interview 2005).

Die Ausführungen mehrerer InterviewpartnerInnen indizierten zudem eine Veränderung der normativ-ideologischen Kräfteverhältnisse im Bereich der FuK, welche der Etablierung friedenswissenschaftlicher Studiengänge nicht abträglich (gewesen) sein dürfte, da die politischen Entscheidungsträger nicht mehr befürchten mussten, dass der parteiübergreifende sicherheitspolitische Konsens von Seiten der Friedens-

forschung grundsätzlich in Frage gestellt wird. Kompromisslose Militärkritik sei weitgehend einer grundsätzlichen Akzeptanz des Militärs gewichen, die politische Nähe größerer Teile der Friedenswissenschaftler zur Friedensbewegung scheint der Vergangenheit anzugehören und ein normatives Wissenschaftsverständnis werde durch die Norm der Werturteilsfreiheit zunehmend in Frage gestellt.

Während bspw. Thorsten Bonacker die Auffassung vertrat, Friedens- und KonfliktforscherInnen sollten sich „normativen Idealen enthalten und lediglich ein praktisches Interesse an friedlicher Konfliktaustragung haben“ (Interview 2005), bedauerte Christiane Lammers die damit einhergehende politische Enthaltsamkeit: „Antimilitaristisch ist heute praktisch keiner mehr in der Friedensforschung...Es gibt sowieso kaum noch jemanden, der sich mit Militär, Militarisierung oder Militärtechnik beschäftigt, außer den Naturwissenschaftlern, die sich aber aus einer anderen Perspektive damit beschäftigen, als Politikwissenschaftler das tun würden. Insofern ist die Akzeptanz der Notwendigkeit von Militär bei den meisten im Hintergrund schon vorhanden, und damit fällt ein wichtiger Knackpunkt weg, der ein Fundament für ideologische Auseinandersetzungen war“ (Interview 2005). Dass große Teile der FuK das Militär heute weniger kritisch hinterfragen bzw. keine das Militär fundamental ablehnende Haltung einnehmen, bestätigte Saskia Sell¹⁷ mit Blick auf den Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung: „Was sich langsam durchsetzt ist, dass so eine gewisse gegenseitige Anerkennung stattfindet, dass leider auch Militär ganz spezifische Nachteile, aber auch Vorteile hat, so wie NGOs auch spezifische Vor- und Nachteile haben und dass es eben darauf ankommt, diese Vor- und Nachteile möglichst intelligent und den lokalen Bedürfnissen angemessen einzusetzen“ (Interview 2005). Der der kritischen FuK inhärente Anspruch einer entschieden normativen Wissenschaft findet sich auch in den MA-Studiengängen FuK kaum explizit wieder (so auch Brühl 2004: 15). Jörg Meyer¹⁸ rechtfertigte diese auch in Magdeburg vertretene Linie, denn „es ist immer eine Gefahr, wenn man so einen Studiengang, auch in guter Absicht, als eine politische Position verkauft. Auch wenn es vielleicht

17 Saskia Sell ist Absolventin des Marburger Nebenfach-Studiengangs Friedens- und Konfliktforschung und promoviert am Marburger Zentrum für Konfliktforschung zum Thema Qualifizierung zur zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland im Vergleich - Rekrutierung, Aus- und Fortbildung und Bewährung im Einsatz.

18 Jörg Meyer war Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft (IPW) der Universität Magdeburg und Studienfachbetreuer für den MA-Studiengang Friedens- und Konfliktforschung.

berechtigt sein mag, politisch gegen eine bestimmte Position zu sein, sollte man doch eine gewisse Distanz schaffen zwischen Wissenschaft und Politik und eben nicht zu offensichtlich eine bestimmte Position vertreten“ (Interview 2005).

Friedenslehre, wie sie in den letzten Jahrzehnten vorwiegend diskutiert wurde, sollte zum Friedenshandeln in allen Lebensbereichen befähigen. Die Klärung konkreter Anwendungsgebiete und Arbeitsmöglichkeiten für Studierende stand demgegenüber hinten an (Dominikowski 1991a). Diese Gewichtung hat sich mit der Einführung eigenständiger friedenswissenschaftlicher Studiengänge deutlich in Richtung Berufsorientierung verschoben. Entstehung und Wachstum entsprechender Arbeitsmärkte wurden von den ExpertInnen als eine wesentliche Voraussetzung für die Etablierung friedenswissenschaftlicher Studiengänge thematisiert. Die VertreterInnen der MA-Studiengänge FuK verwiesen in den Interviews vor allem auf einen im Wachstum befindlichen Arbeitsmarkt in den Bereichen der zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention bzw. Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Arbeitsmarkt sei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und in Folge der Internationalisierung der Friedens- bzw. Sicherheitspolitik entstanden.

Hans J. Gießmann betonte mit Blick auf den Hamburger MA-Studiengang die Bedeutung des Faktors Arbeitsmarkt für die Entstehung entsprechend praxisnaher Studiengänge: „Wir waren in einer Situation, feststellen zu müssen, dass in vielen gesellschaftlichen Bereichen, bspw. in Afrika, in Asien und Lateinamerika, konstruktives Engagement gefordert ist, genauso wie in den Transformationsländern Ost- und Mitteleuropas. Es sind Menschen vonnöten und wurden auch nachgefragt, die über Grundkenntnisse auch der friedlichen Konfliktbearbeitung verfügen. Wir mussten jedoch feststellen, dass das in Ausbildungsgängen gar nicht gelehrt wird...Wir haben uns dann gesagt, dass wir diese Lücke schließen müssen. Dabei kann es nicht darum gehen, friedenswissenschaftliche Themen als solche zu lehren, sondern es muss darum gehen, Fachkräfte – ob das nun Philosophen, Juristen oder Ingenieure sind – mit dem entsprechenden zusätzlichen Knowhow zu versehen, damit sie in der Lage sind, Brunnen in Indonesien oder Sri Lanka zu errichten oder medizinische Betreuung in Flüchtlingslagern zu leisten...Es gibt so was in anderen Ländern – in Großbritannien seit Jahren, auch in Skandinavien, den USA – aber in Deutschland war ein echtes Defizit zu beklagen“ (Interview 2005).

Anders als Hans J. Gießmann sprach Ralf Zoll¹⁹ neben internationalen Konflikten auch den Bereich innergesellschaftlicher Konflikte an, was dem inhaltlichen Profil des Marburger MA-Studiengangs entspricht: „Ein extremes Beispiel: Die meisten Unternehmensberatungen sind betriebs- oder organisationswissenschaftlich orientiert und beraten in Bereichen, die für die Unternehmen gar nicht das zentrale Problem darstellen. Die meisten Schwierigkeiten sind Probleme im sozialen Bereich, die auf fehlender sozialer Kompetenz von Mitarbeitern beruhen. Also sind Konfliktanalysen gefragt...Ansatzweise wird das auch erkannt...die Arbeitslosigkeit unter Sozialwissenschaftlern ist unterdurchschnittlich. Woran liegt das? Es liegt daran, dass soziale Kompetenzen in den Studiengängen, die gemeinhin in den Betrieben dominierend sind – Jura und Wirtschaftswissenschaften – überhaupt gar keine Rolle spielen. Und das sind dann unsere Chancen“ (Interview 2005).

Einerseits wird demnach eine vom Arbeitsmarkt ausgehende Nachfrage befriedigt. Das Angebot friedenswissenschaftlicher Studiengänge, so Dieter Senghaas, stimuliere umgekehrt jedoch auch die Nachfrage von Arbeitskräften: „Es ist auch ein Wechselspiel, eine Rückkopplung. Es ist nicht nur der Bedarf, der vorhanden ist, sondern es ist auch Bedarf, der geschaffen wird...Über die thematische Aufgliederung in Spezialgebiete werden auch Berufsbilder und Berufsorientierungen geschaffen, die vielleicht noch gar nicht so präsent sind. Dann gibt es Rückkopplungseffekte, und das schaukelt sich hoch“ (Interview 2005).

3.2. DIE SCHLÜSSELBEDINGUNG DES DURCHBRUCHS: DIE EINFÜHRUNG DES ZWEISTUFIGEN STUDIENSYSTEMS

Im Juni 1999 unterzeichneten die für das Hochschulwesen zuständigen MinisterInnen von 29 europäischen Ländern die so genannte Bologna-Erklärung. Zum wichtigsten Ziel der Schaffung eines europäischen Hochschulraums erklärten die MinisterInnen die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der globalen Attraktivität des europäischen Hochschulsystems (Keller 2004: 9). Die Neuordnung und Harmonisierung der Studienstrukturen ist ein Kernelement dieses Prozesses.

Die VertreterInnen der MA-Studiengänge, unter ihnen Thorsten Bonacker, schrieben dem Faktor „Bologna“ durchweg sehr hohes Gewicht zu: „Ohne den Bologna-Prozess wäre das schlichtweg nicht gelaun-

¹⁹ Ralf Zoll war von 1983 bis 2004 Professor für Angewandte Soziologie an der Philipps-Universität Marburg.

fen...Es wäre kein Hauptfach entstanden. Wir haben das ja versucht. Die Idee war vorher schon, ein Magister-Hauptfach zu machen, aber die Türen waren total zu“ (Interview 2005). Auch Tanja Brühl sah hierin „die zentrale Bedingung. Es wurde die Möglichkeit geschaffen, Studiengänge einzurichten, die jenseits der traditionellen Disziplinen liegen...Da wir keinen Nebenfach-Studiengang hatten, öffnet sich mit der Umstellung auf Master ein ‚window of opportunity‘. Ein friedenswissenschaftlicher Diplom-Studiengang hätte sich hier nicht entwickelt“ (Interview 2005). Doch warum war nun möglich, was vorher – trotz des z. T. intensiven und kontinuierlichen standortbezogenen Engagements (vgl. Abschn. 3.3) – nicht gelingen konnte?

Die neue Zweiteilung des Studiums verschaffte den Friedenswissenschaften in zweierlei Hinsicht bessere Bedingungen als die vorherige Studienstruktur. Zum einen zielten die Reformmaßnahmen grundsätzlich auf eine stärkere Differenzierung der Studiengänge und –abschlüsse ab (Wissenschaftsrat 2000: 34). Im Anschluss an das grundständige und Kernkompetenzen vermittelnde BA-Studium sollte im MA-Studium eine arbeitsmarktgerechte Konzentration auf fachliche Spezialisierungen und Vertiefungen erfolgen (Wissenschaftsrat 1999: 36). Insofern es also gelang, friedenswissenschaftliche Studiengänge als arbeitsmarktrelevantes Spezialisierungs- und Vertiefungsstudium auszuweisen (vgl. Abschn. 3.1), konnte die FuK-Lehre von der angestrebten Ausdifferenzierung der Fächerstruktur im MA-Studium profitieren. Zweitens, so die Analyse des Wissenschaftsrats, bewirkten die Veränderungen in der Arbeitswelt, dass interdisziplinäre Kenntnisse und „Hybridqualifikationen“ ständig an Bedeutung gewinnen (2000: 12). Während BA-Studiengänge sich in der Regel auf ein wissenschaftliches Kernfach konzentrieren sollten (2000: 24), entstünden durch MA-Studiengänge „neue Möglichkeiten für eine Stärkung der Interdisziplinarität vor allem durch den Zugang aus disziplinär unterschiedlichen Bakkalaureus-/Bachelorstudiengängen“ (2000: 26-27). Als interdisziplinäre „Verdichtungswissenschaft“ (Imbusch 1998: 165), die quer zu den traditionellen Fachdisziplinen steht und auf ein Disziplinen übergreifendes Sich-Einlassen auf friedensrelevante Fragestellungen angewiesen ist (1998: 164), konnten gerade die Friedenswissenschaften von dieser Entwicklung – hin zu mehr Interdisziplinarität – profitieren. Dass die friedenswissenschaftliche Lehre bis Mitte der 1990er Jahre über einzelne Seminarveranstaltungen nicht hinaus kam, so Christiane Lammers, habe vor allem an der Struktur der Hochschullehre gelegen: „Da haben wir ein

sehr konservatives, strukturstabiles System, was eben verhindert, dass Fächer, die sich zumindest multi-, wenn nicht interdisziplinär orientieren, sich etablieren können. Ich glaube das ist der wichtigste Grund überhaupt“ (Interview 2005).

3.3. BEDINGUNGEN UND ENGAGEMENT VOR ORT ALS SCHLÜSSELFaktoren DER INSTITUTIONALISIERUNG

Das erreichte Niveau an Institutionalisierung friedenswissenschaftlicher Lehre, wie auch die inhaltlich-disziplinäre Ausrichtung der MA-Studiengänge (vgl. Abschn. 2.4), variiert von Standort zu Standort. Allgemeine Faktoren, wie der Bologna-Prozess (vgl. Abschn. 3.2) oder die verbesserte bundespolitische Förderung der FuK (vgl. Abschn. 3.1), können diese Unterschiede nicht erklären, da sie als Rahmenbedingungen allerorten gleichermaßen gelten. Warum eigentlich, so ließe sich weiterfragen, sind die MA-Studiengänge FuK in Marburg, Tübingen, Hagen usw. entstanden und nicht andernorts? Worin unterscheiden sich die MA-Standorte untereinander und von Nicht-Standorten?

Der Schlüssel zum Verständnis lokaler Disparitäten muss in der Geschichte der Standorte selbst gesucht werden. Hier lassen sich analytisch zwei grundlegende Kategorien unterscheiden. Zum einen sind dies die zu einem bestimmten Zeitpunkt objektiv geltenden strukturellen Bedingungen vor Ort. Gemeint sind hier Ressourcen personeller, finanzieller und institutioneller Art, aber auch lokale und landesspezifische politische und wissenschaftspolitische Rahmenbedingungen. Dieser Kontext, in welchem die Akteure handeln, ist ständigen Veränderungen unterworfen. Im Fall des Nahbereichs der Akteure, ihrem direkten Kontext, sind diese Strukturveränderungen – im Gegensatz zum eher fremd gesteuerten, weiter entfernten politischen Kontext – häufig dem Engagement der Friedens- und KonfliktforscherInnen selbst zuzuschreiben. Die Interaktionen der Akteure vor Ort, ihr Engagement und die dahinter stehenden Strategien, bilden somit die zweite Standortkategorie. Da sich der strukturelle Kontext und die Interaktionen der Akteure wechselseitig bedingen, werden sie hier zusammen besprochen.

Die Standorte der sechs MA-Studiengänge FuK können jeweils auf eine längere friedenswissenschaftliche Tradition zurückblicken, die teilweise sogar bis in die Phase der Institutionalisierung der FuK Ende der 1960er, Anfang der 70er Jahre zurückzuverfolgen ist (vgl. auch Wasmuht 1998: 117-293). Im Folgenden

soll anhand der Beispiele Marburg, Tübingen und Hagen gezeigt werden, wie die strukturellen Standortbedingungen aussahen, wie sie auf die Interaktionen der Akteure wirkten und wie sie sich veränderten bzw. wie sie von den jeweiligen Akteuren vor Ort durch langfristiges strategisches Engagement, bis hin zur Einführung der MA-Studiengänge FuK, schrittweise verbessert wurden.²⁰

Im Gegensatz zu Hamburg oder Tübingen gab es in Marburg bis in die 1980er Jahre hinein keine institutionell gebündelte FuK. Dies änderte sich 1983 mit der Gründung der Interdisziplinären Arbeitsgruppe für Friedens- und Abrüstungsforschung (IAFA) und des Arbeitskreises Marburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung (AMW). IAFA und AMW wurden von politisch engagierten WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen gegründet und bildeten einen ersten institutionalisierten Arbeitszusammenhang Marburger FriedenswissenschaftlerInnen.

Es existierten also bereits erste förderliche Strukturen als insbesondere Ralf Zoll ab Ende der 1980er Jahre versuchte, die Idee eines Studiengangs FuK zu verwirklichen. Die politischen Gelegenheitsstrukturen auf Landesebene waren jedoch zunächst, wie Ralf Zoll selbst betonte, alles andere als günstig: „Dann brauchten wir natürlich Stellen dafür und ein FDPler aus der IAFA hat dann den Kontakt zum Wissenschaftsminister Wolfgang Gerhardt hergestellt. Dem habe ich vorgetragen und zur Antwort bekommen, der FuK sei nach Ende des Ost-West-Konflikts der Gegenstand abhandeln gekommen...1991 kam der Regierungswechsel und eine ehemalige Studienkollegin von mir wurde Ministerin. In der Koalitionsvereinbarung stand sogar etwas von einem friedenswissenschaftlichen Lehrstuhl für jede Uni drin. Aber als es dann zum Schwur kam, haben wir wieder nichts gekriegt, gar nichts. Da hatte ich die Faxen dicke und habe eine Stelle, die mir zustand, für FuK ausschreiben können...Wir haben uns dann bemüht, so etwas wie einen Aufbau-Studiengang zu machen, bis die politische Entscheidung kam, dass Aufbau-Studiengänge nicht mehr genehmigt würden. Dann gab es formaljuristisch betrachtet nur die Möglichkeit, im Diplombereich ein Nebenfach anzubieten, ohne dass das Ministerium in Wiesbaden das genehmigen musste“ (Interview 2005). 1996/97 startete das Diplom-Nebenfach FuK, ein Jahr später wurde FuK

auch als Magister-Nebenfach anerkannt und 2001 gründete man das Zentrum für Konfliktforschung (ZfK) als eine Art Nachfolgeinstitution der IAFA (Ralf Zoll, Interview 2005). Das ZfK, so Thorsten Bonacker, sei „gegründet worden, einerseits mit der Idee, den Master zu machen – das steckte bei der Zentrums-idee von Anfang an dahinter“ und andererseits, um „Forschungsaktivitäten zu bündeln und FuK als Forschungsgebiet hier in Marburg in Form des Zentrums zu institutionalisieren“ (Interview 2005).

Zur Zeit der Gründung des ZfK begann an der Marburger Universität eine Diskussion um die Entwicklung von Forschungsschwerpunkten. Im Hochschulpakt verpflichteten sich die hessischen Hochschulen gegenüber der Landesregierung, ein spezifisches im Wettbewerb attraktives Profil zu entwickeln und Leistungsbereiche zu definieren (Hessische Landesregierung/Hochschulen des Landes Hessen 2002). Da der Nebenfach-Studiengang aufgrund der kontinuierlich steigenden Nachfrage seitens der Studierenden inzwischen zu einem „Vorzeigeprojekt“ (Ralf Zoll, Interview 2005) geworden war, und das ZfK innerhalb der Universität schnell an Prestige gewann, war die Marburger FuK gut auf die neuen politischen Rahmenbedingungen vorbereitet: „Auch begeistert von unserem Ansatz war der Hochschulrat. Das ist hier in Marburg ein Beratungsgremium, in dem der Generalsekretär der VW-Stiftung Vorsitzender war und Leute aus der Industrie und ehemalige Minister saßen. Von denen haben wir Rückenwind bekommen und die haben auch für uns in Wiesbaden gesprochen“ (Ralf Zoll, Interview 2005). Folgerichtig wurden in der 2003 zwischen dem hessischen Wissenschaftsministerium und der Marburger Universität abgeschlossenen Zielvereinbarung u. a. die Stärkung des Forschungspotentials und ein Ausbau des Studienangebots auf dem Gebiet der FuK festgeschrieben (Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst/Philipps-Universität Marburg 2003: 9-10).

Das langjährige strategische Engagement der Akteure vor Ort führte im Ergebnis zu einer erfolgreichen Profilbildung der Marburger FuK, was sich auch in der Entwicklung der Stellen niederschlug. 2003 bekam Peter Imbusch eine auf mehrere Jahre angelegte Vertretungsprofessur für sozialwissenschaftliche Konfliktforschung, 2007 übernahm Christoph Weller die nun unter dem Titel „Friedens- und Konfliktforschung“ firmierende Professur, welche 2009 an Susanne Buckley-Zistel ging. Thorsten Bonacker wechselte 2004 von der Assistentenstelle auf eine aus Drittmitteln der DSF finanzierte Juniorprofessur am ZfK und 2008 auf eine von der Universität Marburg

20 Die Standorte Marburg, Tübingen und Hagen wurden für detailliertere Fallrekonstruktionen ausgewählt, da hier ausführliche Interviews mit mehreren vor Ort beteiligten Akteuren durchgeführt werden konnten.

getragene W3-Professur. 2007 erhielt er für die Umsetzung des MA-Studiengangs FuK vom hessischen Wissenschaftsminister den Anerkennungspreis für „Exzellenz in der Lehre“ (vgl. Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst 2007). Für den Erfolg des seit dem WS 2004/05 angebotenen Marburger Studiengangs spricht nicht zuletzt auch die Nachfrage Studieninteressierter. Für das WS 2010/11 bewarben sich für 30 Studienplätze rund 250 Bewerber (Thorsten Bonacker, schriftliche Befragung 2010).

Betrachtet man den gesamten Prozess, so war aus dem anfänglich harten Kampf um die Etablierung des Nebenfach-Studiengangs, wie Ralf Zoll bemerkte, letztlich ein „Selbstläufer“ geworden: „Es entwickelte sich so etwas wie eine Spirale. Erst ein bisschen Erfolg...dann mehr Erfolg und so hat sich das positiv nach oben geschaukelt. Aber eins muss man sagen: Diejenigen, die das auf die Beine gestellt haben, die haben ein paar Jahre lang Tag und Nacht gearbeitet“ (Interview 2005).

Die Geschichte der FuK in Tübingen begann Ende der 1960er Jahre mit einer studentischen Initiative, als sich am Institut für Politikwissenschaft die Arbeitsgruppe Friedensforschung (AGFF) konstituierte. Zu einem integralen Bestandteil des Lehrangebots und ausgewiesenen Forschungsschwerpunkt wurde FuK im Jahr 1972 durch die Einrichtung des Lehrstuhls Außenpolitik und Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung, den Volker Rittberger übernahm. Nachdem 1981 eine ganze Mitarbeiterstelle geschaffen wurde, erfolgte 1991 mit der Etablierung der Abteilung IB/FuK am Institut für Politikwissenschaft eine weitere institutionelle Stärkung der Tübinger FuK.

Die hochschul- und landespolitische Umgebung habe diese Entwicklung nicht gerade gefördert, so Thomas Nielebock²¹: „In Tübingen ist die Friedensforschung immer eine Unternehmung von wenigen Personen hier am Institut gewesen. Zwar hat das Institut das auch mitgetragen, aber letztlich sind wir weder von den Universitätsleitungen groß unterstützt worden, noch von der Landesregierung in irgendeiner Form unterstützt worden. Man hat sich immer ein bisschen in der Diaspora gefühlt“ (Interview 2005). Trotzdem blickte Thomas Nielebock auf eine längere Tradition friedenswissenschaftlicher Lehre zurück, so z. B. auf einen zweisemestrigen Kurs, den er zwischen 1981 und 1995 alljährlich zu Themen der FuK durchge-

führt hat (Interview 2005).

Als sich die Einführung eines eigenständigen Studiengangs FuK 1996 nicht realisieren ließ, etablierte man zunächst einen Studienschwerpunkt FuK innerhalb eines Magister-Hauptfach-Studiengangs: „Eigentlich wollten wir schon 1996 einen grundständigen Magister-Studiengang Friedensforschung. Da konnten wir uns in der Fakultät aber nicht durchsetzen und das Ministerium wollte das auch nicht genehmigen. Gut, dann haben wir es mit einem grundständigen Studiengang Internationale Beziehungen versucht, was vom Ministerium aber auch nicht gewünscht wurde. Dann kam die Notlösung: Ein Magister-Studiengang mit Spezialisierungsmöglichkeiten im Hauptstudium und einem Schwerpunkt Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung. Von daher gibt es im Grunde schon eine Geschichte, an die wir bruchlos anknüpfen konnten...Wir haben quasi eine Tradition der Spezialisierung jeweils angepasst an das, was politisch möglich war und jetzt sind wir beim Master“ (Thomas Nielebock, Interview 2005).

Die Handlungsmöglichkeiten vor Ort wurden ab Mitte der 1990er Jahre insbesondere durch den mit der Haushaltskonsolidierung in Baden-Württemberg einhergehenden Stellenabbau eingeschränkt (vgl. Landesregierung Baden-Württemberg/Universitäten des Landes Baden-Württemberg 1997). Thomas Nielebock wies darauf hin, dass Profilbildung und Außendarstellung immer wichtiger wurden, durch jahrelange Vorarbeiten jedoch auch gut vorbereitet waren. Diese Vorarbeiten hätten die erfolgreiche Bewerbung um die existenziell wichtige Förderung der DSF überhaupt erst ermöglicht (Interview 2005). Inzwischen trage der MA-Studiengang selbst Entscheidendes zur Schärfung des Profils der Tübinger FuK bei (schriftliche Befragung 2005). Thomas Nielebock hob die strategische Bedeutung des MA-Studiengangs für die gesamte Tübinger FuK hervor: Man habe „das Argument der Profilbildung natürlich schon auch genutzt, um Abwehrkämpfe leisten zu können, weil wir unter Druck standen. In Baden-Württemberg stehen wir im Grunde seit 1996 unter Streichzwängen und da wird es natürlich wichtig, dass man sagt, wir machen hier nicht alles, wir sind spezialisiert, wir sind in Baden-Württemberg die Einzigen, die das machen...Ich wollte diesen Master Friedensforschung auf alle Fälle, weil mir natürlich klar war, dass die Tübinger Friedensforschung dadurch einen Schub bekommt. Sonst hätte die Gefahr bestanden, dass man uns langsam wegstreicht. Jetzt ist das aber schwierig abzuschaffen, weil es auch für die Uni Tübingen ein Profilbildendes Element ist“ (Interview 2005).

21 Thomas Nielebock ist seit 1981 Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaften der Universität Tübingen und Studienfachbetreuer für den MA-Studiengang Friedensforschung und Internationale Politik.

Angesichts der Bedeutung des MA-Programms für den Tübinger Schwerpunkt FuK verwundert es nicht, dass dieses Projekt auch gegen den Widerstand eines Teils der Studierenden durchgesetzt wurde: „Der Teil der Studierenden, der wegen der Umstellung auf BA- und MA-Studiengänge grundsätzlich dagegen war, hat sich lautstark zu Wort gemeldet und war in den Gremien stark vertreten. Es bedurfte vieler und langer Diskussionen, um Gegenargumente und Befürchtungen zu entkräften oder zu neutralisieren...Die meisten Studierenden waren zuletzt immer noch dagegen, von daher haben wir sie nicht überzeugt (Thomas Nielebock, Interview 2005).

In Bezug auf die Tübinger FuK-Lehre lässt sich mit Thomas Nielebock zusammenfassend sagen, dass in Form des MA-Studiengangs Friedensforschung und internationale Politik eine 1968 begonnene und vor allem in den 70er und 90er Jahren verstärkte friedenswissenschaftliche Ausrichtung des politikwissenschaftlichen Studiums der Internationalen Beziehungen fortgeführt wurde (2005, 189). Inzwischen, so Thomas Nielebock im Jahr 2010, habe sich der Tübinger Studiengang erheblich konsolidiert (schriftliche Befragung 2010). Dabei weist er insbesondere auf die große Nachfrage Studieninteressierter sowie den gelungenen Generationenwechsel im Bereich des Forschungs- und Lehrpersonals hin. Nachdem Andreas Hasenclever bereits 2004 eine Professur für Friedensforschung und Internationale Politik bekam, übernahm Thomas Diez 2009 die Nachfolge Volker Rittbergers.

Im Vergleich zu Marburg und Tübingen ist mit Blick auf Hagen bzw. NRW in den 1990er Jahren zunächst von besseren landespolitischen Rahmenbedingungen auszugehen. Das Land NRW unternahm beträchtliche Anstrengungen, die zur Errichtung und Etablierung verschiedener friedenswissenschaftlicher Einrichtungen im Umfeld der Hochschulen führten (Lammers/Schmidt 1995: 6). Christiane Lammers und Hajo Schmidt kamen 1995 in einer vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie zu dem Ergebnis, dass genügend wissenschaftliches Potential zur Etablierung eines friedenswissenschaftlichen Studiengangs zur Verfügung stehe (Christiane Lammers, Interview 2005). Insbesondere führten Lammers und Schmidt das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg, das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) in Bochum sowie das Bonn International Center for Conversion (BICC) an. Christiane Lammers verwies zudem auf den Vorteil einer großen Hochschuldichte (Interview 2005). Sowohl die politi-

schen Gelegenheitsstrukturen als auch die Wissenschaftslandschaft wurden von ihr also relativ positiv wahrgenommen.

Bereits 1996 bot die FernUniversität Hagen erstmals ein einsemestriges Zertifiziertes Friedenswissenschaftliches Weiterbildungsstudium (ZWS) an. Die Leitung des Programms lag beim Leiter der damaligen Arbeitsstelle Philosophie und Friedensforschung im Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaft, Hajo Schmidt. Dieses Weiterbildungsangebot sollte der geplanten Einführung eines Aufbau-Studiengangs FuK vorausgehen (Imbusch 1998: 169-170). Um einen solchen Aufbau-Studiengang ein- und durchführen zu können, gründete man 1995 die Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft Nordrhein-Westfalen (LAG) (Christiane Lammers, Interview 2005). Die damalige Wissenschaftsministerin Anke Brunn – früher selbst aktiv in der Friedensbewegung und seit 1994 Mitglied im Kuratorium des BICC – hatte dieses Unterfangen stark unterstützt (Christiane Lammers, Interview 2005). Der LAG, deren Koordination Christiane Lammers übernahm, gehörten ca. 60 HochschullehrerInnen verschiedener Fachdisziplinen an. Innerhalb der LAG verständigte man sich darauf, den Aufbaustudiengang als NRW-Projekt am 1996 gegründeten Institut Frieden und Demokratie (IFD) der FernUniversität Hagen anzusiedeln, da die Struktur der FernUniversität Kooperationsprojekten dieser Art entgegenkomme (Christiane Lammers, Interview 2005). Von Vorteil war zudem, dass das Studium zum Teil über Studiengebühren finanziert werden konnte.

Zwar gab es in Gestalt der LAG nun eine institutionelle, die verschiedenen wissenschaftlichen Potentiale bündelnde Basis und mit der FernUni Hagen einen geeigneten Standort, der bereits Erfahrung mit dem ZWS gesammelt hatte, jedoch änderten sich die politischen Rahmenbedingungen zu Ungunsten des Projekts: „Es war also klar, dass wir im Grunde das Potential haben, um den Studiengang zu machen. Wir waren auch schon ziemlich weit in der Konzeptionierung eines Aufbau-Studiengangs, denn so hieß das Modell damals. Dann traten jedoch verschiedene Veränderungen ein – sowohl was den Ministerinnenposten angeht²², wie aber auch in der gesamten Wissenschaftspolitik – so dass dieses Unterfangen erst einmal gescheitert ist“ (Christiane Lammers, Interview 2005).

Erst ab 2000 konnte das IFD das zweisemestrige In-

22 Im Juni 1998 beerbte Wolfgang Clement Johannes Rau als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, während Gabriele Behler den Posten der Wissenschaftsministerin von Anke Brunn übernahm.

terdisziplinäre Friedenswissenschaftliche Weiterbildungsstudium Konflikt und Frieden (IF) in Kooperation mit der LAG durchführen. Der im Wintersemester 2004/05 erstmals angebotene Studiengang Master of Peace Studies bildete nach dem ZWS und dem IF den dritten Entwicklungsschritt und konnte in der Konzeptionierung und Durchführung von den Erfahrungen der vorherigen Programme profitieren.

Nach nur vier Jahren wurde das Master-Programm bereits im Jahr 2008 mit der Begründung wieder eingestellt, man habe „trotz intensiven Forschens und Werbens niemanden in der Hochschule gefunden, der dafür geradesteht und der das weiterführt“ (Hoyer, zit. n. Heinemann 2008).²³ Ein entscheidender Grund für die Einstellung des Studiengangs dürfte gewesen sein, dass der Studiengangsleiter Hajo Schmidt eine aus dem Landeshaushalt finanzierte außerplanmäßige Professur inne hatte und die FernUniversität das nach seiner Emeritierung frei gewordenen Geld über ihren Globalhaushalt an anderer Stelle verwenden wollte (vgl. Heinemann 2008). Die Zukunft wird zeigen, ob das Projekt der Etablierung eines friedenswissenschaftlichen Studiengangs in NRW langfristig gescheitert ist oder ob es sich bei der „Abwicklung“ des Studiengangs nur um einen – wenn auch heftigen – punktuellen Rückschlag auf dem Weg der Institutionalisierung friedenswissenschaftlicher Lehre handelt.

Welche Ähnlichkeiten lassen sich nun in den Verlaufsmustern der Standortentwicklung identifizieren und welche Unterschiede liegen vor? Zunächst zum Konzept des strategischen Engagements: In keinem der Fälle handelte es sich um eine spontane Initiative. In Marburg, wie auch in Tübingen und Hagen ist die Etablierung der MA-Studiengänge FuK das Ergebnis jahre- bzw. jahrzehntelangen Engagements. Dieses Engagement kennzeichnet zudem eine große personelle Kontinuität. Einzelpersonen oder kleine Gruppen verfolgten die Projekte der Einführung friedenswissenschaftlicher Studiengänge über mehrere Jahre. Strategisch war das Engagement der Akteure nicht in dem Sinne, dass der Weg zu genau diesen MA-Studiengängen schon vor Jahren geplant worden wäre. Strategisch war das Engagement, weil es sich über einen längeren Zeitraum am Ziel der Institutionalisierung

friedenswissenschaftlicher Lehre in Form eines eigenständigen Studiengangs orientierte. Um Teilerfolge zu erreichen, wurden konkrete Maßnahmen situativ äußeren Rahmenbedingungen angepasst, förderliche Gelegenheitsstrukturen wurden ausgenutzt, Allianzen mit Akteuren aus Wissenschaft und Politik geschmiedet und Kompromisse geschlossen. Nicht zuletzt kennzeichnet das Engagement der Akteure vor Ort ein „langer Atem“ und ein „dickes Fell“ (Imbusch 1998: 168). Das strategische Engagement folgte also in allen drei Fällen ähnlichen Mustern.

Bezüglich der strukturellen Kontextbedingungen und ihrer Entwicklungen dominieren ebenfalls die Ähnlichkeiten zwischen den Standorten. Analog zum Konzept des strategischen Engagements handelte es sich in allen drei Fällen um einen lang andauernden Prozess der Verbesserung und Ausnutzung struktureller Kontextbedingungen. Was die landespolitischen Rahmenbedingungen angeht, äußerte sich Christiane Lammers positiver in Bezug auf NRW als ihre Kollegen Ralf Zoll zu Hessen und Thomas Nielebock zu Baden-Württemberg. Über Rückschläge aufgrund hinderlicher politischer Bedingungen berichteten jedoch alle drei InterviewpartnerInnen. Stärker zu beeinflussen waren die Kontextbedingungen im universitären Nahbereich. Diese wurden, insbesondere durch die Schaffung und Vernetzung von Forschungskapazitäten, beständig verbessert. Während der Schwerpunkt FuK in Tübingen bereits in den 1970er Jahren auf- und später ausgebaut wurde, begann die Entwicklung in Marburg erst Mitte der 80er Jahre. Das Marburger ZfK – als institutioneller Knotenpunkt der Marburger FuK – wurde erst 2001 gegründet. Aufbau und Vernetzung der am Hagener MA-Studiengang beteiligten Institutionen in NRW vollzogen sich sogar erst in den 1990er Jahren. Gleichmaßen knüpften die drei MA-Studiengänge an Vorgängerprogramme an, in denen FuK zum ersten Mal in der BRD in „festerer Form“ (Imbusch 1998, 169) an den Universitäten verankert worden war. Die in diesem Zusammenhang gesammelten Erfahrungen erleichterten letztlich die Konzeptionierung und Durchführung der MA-Studiengänge. Des Weiteren stellten die Hochschulreform und der damit einhergehende Profilierungsdruck zumindest in Marburg und Tübingen wichtige Kontextbedingungen dar.

23 Mittels dieser Aussage beantwortete der Rektor der FernUniversität, Helmut Hoyer, in einem Interview des Deutschlandradios die Frage, warum der Studiengang geschlossen werde. Die den Studiengang tragenden FriedensforscherInnen beriefen sich jedoch darauf, dass der Historiker Peter Brandt bereit sei, den Studiengang zu übernehmen und man außerhalb der Hochschule gar nicht nach einem Nachfolger gesucht habe.

3.4. DIE ORGANISATORISCH-STRUKTURELLE INSTITUTIONALISIERUNG FRIEDENSWISSENSCHAFTLICHER LEHRE

In Abgrenzung zur personengebundenen Institutionalisierung friedenswissenschaftlicher Lehre der 1970er bis 90er Jahre (vgl. Abschn. 2.2), wird der mit der Einführung von Studiengängen verbundene neue Institutionalisierungs-Modus hier als organisatorisch-strukturelle Institutionalisierung bezeichnet. Mit Blick auf die sechs MA-FuK-Studiengänge ist insbesondere zu fragen, wie personenunabhängig diese konzipiert sind, welche Mechanismen die Existenz der Studiengänge auf Dauer sichern sollen und was die Studiengänge in ihrem Bestand gefährden könnte.

Studiengänge sind relativ stabile Basiselemente der inneren Gliederung einer Universität. Als universitärer Mikrokosmos bildet ein Studiengang selbst komplexe Strukturen aus, die im Curriculum näher bestimmt werden. Eine wesentliche Funktion des Curriculums besteht darin, den Lehrenden einen Rahmen vorzugeben, an dem sie sich in ihrer Lehre orientieren müssen. In diesem Plan werden Aussagen u. a. über Ziele, Inhalte, Vermittlungsmethoden und Organisation des Lehrens und Lernens fixiert (Dominkowski 1991a: 18-22). Curricula wie auch Studien- und Prüfungsordnungen fungieren als Verfassungen, in denen institutionell bzw. rechtlich geregelt ist, welche Leistungen die „Mitglieder“ eines Studiengangs – Lehrende und Studierende – zu erbringen haben. Insofern sind Studiengänge als soziale Gebilde Organisationen, in denen die Situation immer schon vordefiniert ist (Esser 2000: 237-240). In diesem Sinne betont Peter Imbusch die hohe Verbindlichkeit der vereinbarten Zielsetzungen eines friedenswissenschaftlichen Curriculums und fordert von allen Beteiligten die Bereitschaft ein, sich auf vorgegebene Strukturen einzulassen (1998: 165). Losgelöst von der Frage der Studiengänge schildert Hartmut Esser die „Vorzüge“ einer solch organisierten Ordnung in freilich etwas überspitzter Form: „Aber unterhalb dieser Schwelle tun die Mitglieder buchstäblich alles, was die Organisation von ihnen verlangt...Man kann sich nun fest darauf verlassen, daß bestimmte Dinge geschehen und muß sich um die Motive, Stimmungen und strategischen Erwägungen der Akteure nicht mehr viel kümmern...Und genau das wiederum macht die Organisationen selbst sehr ‚unabhängig‘ von den Menschen – und gerade dadurch besonders leistungsfähig“ (2000: 239). In Marburg, so Thorsten Bonacker, habe man „immer schon vom Curriculum her ge-

dacht und dafür gesorgt, Strukturen so zu bauen, dass sie nicht an Personen hängen. Das hat uns bspw. geholfen, die Nachfolge von Ralf Zoll gut zu regeln. Deshalb gilt: Bei uns ist im Prinzip jeder ersetzbar“ (schriftliche Befragung 2005).

Natürlich sind auch Studiengänge auf bestimmte Akteure angewiesen, jedoch und darauf kommt es an, werden Existenz und Funktionsweise mit dem Ausscheiden zentraler Akteure in der Regel nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Als Organisationen dienen Studiengänge einem spezifischen Zweck, der unabhängig von bestimmten Personen rechtlich geregelt ist. In Marburg z. B. besteht dieser laut Studien- und Prüfungsordnung darin, dass „Studierende vertiefte Fachkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung sowie die Fähigkeit erwerben, Konflikte im nationalen und internationalen Kontext erforschen und analysieren, Konfliktregelungsmöglichkeiten erarbeiten sowie selbst an der Regelung von Konflikten mitwirken zu können“ (Fachbereichsrat des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg 2005: 2). Solange ein Studiengang existiert und seinen spezifischen Zweck verfolgt, funktioniert er also relativ personenunabhängig. Im Gegensatz zur Institutionalisierung friedenswissenschaftlicher Lehre über LehrstuhlinhaberInnen sind Studiengänge als Organisationen weniger abhängig von subjektiven Interessen oder Engagements einzelner Lehrender.

Die Frage der Existenzerhaltung jedoch stellt sich auch im Kontext organisatorisch-struktureller Institutionalisierung. Wie Professuren nach dem Ausscheiden der StelleninhaberInnen umgewidmet oder gestrichen werden können, ist auch Studiengängen ihre finanzielle Grundlage auf Dauer keineswegs sicher. Wie also ist es um eine nachhaltige Finanzierung der sechs MA-Studiengänge FuK bestellt? Vier Programme wurden von der DSF anschubfinanziert (vgl. auch Abschn. 3.1). Dies macht deutlich, dass die MA-Studiengänge FuK nicht bloß einzelne lokale Projekte darstellen, sondern auch Teile einer Gesamtstrategie der FuK in Deutschland sind. Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 behandelt die DSF – als repräsentative Förderinstitution der FuK in Deutschland – die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses als Priorität. Ein Hauptanliegen der Stiftung ist seit Beginn an die nachhaltige Stärkung der Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich der FuK (DSF 2005). Weil „aufgrund einer jahrelangen Unterfinanzierung erhebliche strukturelle Defizite entstanden waren“ (DSF 2005), schrieb die DSF im Jahr 2002 im Rahmen ihres Nachwuchsförderprogramms Fördermittel zur Einrichtung von MA-Studiengängen im

Bereich der FuK aus.

Die Institutionalisierungsstrategie der DSF kommt insbesondere in einem Passus des Ausschreibungstexts zum Ausdruck, der den AntragstellernInnen eine Garantie ihrer wissenschaftlichen Einrichtung abverlangt, das Studienangebot auch nach Abschluss der Förderung fortzusetzen (DSF 2005 u. Lutz 2001: 153, 156). In Tübingen zum Beispiel finanzierte die DSF für fünf Jahre u. a. eine C3-Professur in der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung: „Hier in Tübingen habe ich mir das vom Rektor verbrieften lassen. Wenn alle Stricke reißen, muss das Institut für die Fortsetzung dieses Studiengangs mit der C3-Professur gerade stehen, im Notfall durch den Wegfall einer anderen Professur“ (Volker Rittberger, Interview 2005).²⁴ Der Marburger MA-Studiengang profitierte vor allem von einer Juniorprofessur, die von der DSF finanziert und nach sechs Jahren durch die Universität weitergeführt werden sollte (Thorsten Bonacker, schriftliche Befragung 2005). Auch in Hagen und Hamburg rechnete man damit, die Initiativeförderung der DSF langfristig ersetzen zu können. Die Finanzierungsanteile der DSF sollten in beiden Fällen hauptsächlich durch Studiengebühren gedeckt werden (Christiane Lammer bzw. Hans J. Gießmann, schriftliche Befragung 2005). Lediglich im Fall des Hagener Studiengangs ist die Strategie der DSF nicht aufgegangen. Die FernUniversität stellte das Programm nach nur vier Jahren auch um den Preis ein, die Anschubfinanzierung der DSF zurückzahlen zu müssen.

Die MA-Studiengänge in Frankfurt/Darmstadt und Magdeburg wirtschaften dagegen von Beginn an ohne eine finanzielle Förderung der DSF. Im Fall Frankfurt/Darmstadt war Tanja Brühl zuversichtlich, dass die drei am Studiengang beteiligten Institute „ihre sowieso schon vorhandenen Kapazitäten in den Schwerpunktbereichen Internationale Beziehungen und Friedensforschung dauerhaft einbringen werden“ (schriftliche Befragung 2005), was seit Beginn des Studiengangs im WS 2007/08 auch tatsächlich geschieht. In Magdeburg bildete die Schaffung von Stellen, welche ausschließlich für den MA-Studiengang FuK zuständig sind, eine zentrale Zukunftsaufgabe und Voraussetzung langfristigen Erfolgs (Dietmar Fricke²⁵, Interview 2005). Fünf Jahre später

existieren solche Stellen zwar noch immer nicht, jedoch – so Miao-ling Lin Hasenkamp²⁶ – habe sich der Studiengang in den letzten Jahren durchaus positiv entwickelt und stabilisiert. Die Herausforderung bestehe nunmehr darin, die vorhandenen Stellen – das Studienprogramm wird von drei Professoren geleitet, während drei wissenschaftliche MitarbeiterInnen schwerpunktmäßig mit dem Studiengang befasst sind – zu erhalten und die Lehr- und Studienqualität unter der Bedingung beschränkter Mittel dauerhaft zu sichern bzw. zu verbessern (schriftliche Befragung 2010).

Wenn man also davon ausgeht, dass die neuen MA-Studiengänge FuK – mit Ausnahme des eingestellten Hagener Programms – finanziell für die nächsten Jahre weitgehend abgesichert sind, stellt sich die Frage, was ihre Existenz und damit die Institutionalisierung friedenswissenschaftlicher Lehre in Form eigenständiger Studiengänge noch gefährden könnte. Relativ übereinstimmend sahen die VertreterInnen der MA-Studiengänge in der Nachfrage der Studierenden den wichtigsten Faktor: „Natürlich kann die Universität den Studiengang einstellen, wenn keine Studierenden mehr da wären. Das Schicksal und das Gelingen des MA-Studiengangs...hängen schlichtweg von der Nachfrage der Studierenden ab. Wenn es keine Nachfrage mehr gäbe, dann war es das eben, wie bei anderen Studiengängen auch – das ist nichts Besonderes (Thorsten Bonacker, Interview 2005).

Im Ergebnis konkurrieren die MA-Studiengänge FuK untereinander, aber auch mit anderen Studiengängen im nationalen und internationalen Raum um Studierende bzw. um die besten Studierenden. Um in diesem Wettbewerb erfolgreich zu sein, werden die einzelnen MA-Studiengänge versuchen müssen, möglichst unverwechselbare und anziehende Profile zu entwickeln. Dieser Profilierungswettbewerb, bei dem es um Studierende und Gelder geht, entsteht einerseits zwischen den MA-Studiengängen FuK. Weil die FuK andererseits aber auch mit anderen Fächern konkurriert, wird sie auch als Disziplin ein schärferes Profil entwickeln müssen. Die Institutionalisierung friedenswissenschaftlicher Lehre geht also mit einer Profil- und Identitätsbildung einher, die den Studierenden – wie Regine Mehl²⁷ feststellte – überhaupt erst ein systematisches Studium ermöglicht: „Die Friedensforschung wird fokussiert. Vorher hat ja jeder für sich definiert, was Friedensforschung ist. Das

24 Volker Rittberger war von 2003 bis 2010 Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstands der DSF.

25 Dietmar Fricke war von 1993 bis 2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft (IPW) der Universität Magdeburg und Studienfachbetreuer für den MA-Studiengang Friedens- und Konfliktforschung. Er ist seit 2008 Dozent für politische Bildung an der Zivildienstschule Braunschweig.

26 Miao-ling Lin Hasenkamp ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

27 Regine Mehl war von 1995 bis 2006 Leiterin der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn und ist seit 2007 Mitarbeiterin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik.

war ein unglaublich bunter Gemischtwarenladen von Themen...Friedensforschung kann in Zukunft systematisch, einem roten Faden folgend, studiert werden“ (Interview 2005).

Wie in den 1970er Jahren, als sich die FuK institutionalisierte (vgl. Wasmuht 1998: 117-293), wird im Rahmen des aktuellen Profilbildungsprozesses erneut verhandelt, was eigentlich Gegenstand dieser Wissenschaftsrichtung sein soll, welche Theorien und Methoden dem Gegenstand angemessen sind und wie das alles vermittelt werden kann. Es geht auch darum, welche bzw. wessen FuK-Lehre curricular institutionalisiert wird. Abermals, wie im Bereich der Forschung, handelt es sich um einen konfliktiven Institutionalisierungsprozess, besonders dort, wo es um die Verteilung knapper Ressourcen geht. Als beispielhaft hierfür kann der Konflikt der Marburger Antragsteller mit der Gutachtergruppe der DSF gelten: Ein Grund für das bisherige Scheitern der Institutionalisierung der FuK in der Lehre, so Thorsten Bonacker, sei die extreme Uneinigkeit über die Definition des Gegenstands: „Die Marburger haben genau deshalb soviel Widerstand provoziert, weil sie versucht haben, diesen Gegenstand zu definieren. Weil wir das erste Lehrbuch entwickelt haben und als erste versucht haben, das Fach wirklich curricular zu begründen, haben sich dann viele berufen gefühlt – vielleicht auch aus guten Gründen – zu sagen, dass sie das Fach aber ganz anders sehen“ (Interview 2005). Dieter Senghaas, Mitglied der Gutachtergruppe der DSF, machte dagegen geltend, „dass Themen, die auf einer Makroebene liegen, wie Weltpolitik, Internationale Beziehungen, Weltwirtschaft – die eben auch zur Friedensforschung dazugehören – in Marburg kaum vorgesehen waren. Stattdessen ging es um Schulkonflikte, Kindergartenkonflikte usw...Wir hatten damit auch kein Problem, sondern sagten nur, die DSF kann nicht ausschließlich und auch nicht vor allem diese Bereiche fördern. Sie muss natürlich, wofür sie ja angetreten ist und wie es in der Satzung steht, auch große gesellschaftliche Konflikte im inter- und transnationalen Bereich fördern“ (Interview 2005).

4. RESÜMEE UND AUSBLICK

Im Jahr 2010 lässt sich mit Blick auf den untersuchten Institutionalisierungsprozess resümierend feststellen, dass die Studiengänge im Bereich der FuK ein Ergebnis des Zusammenwirkens langfristigen subjek-

tiven Engagements und günstiger objektiver Rahmenbedingungen darstellen. Als wichtigste Faktoren wurden hier die jahrelange strategische Entwicklung der Lehrstandorte bzw. die Ausnutzung lokaler und landesspezifischer politischer und wissenschaftspolitischer Gelegenheitsstrukturen einerseits sowie die Einführung der zweistufigen Studienstruktur im Rahmen des Bologna-Prozesses andererseits identifiziert. Zudem wurden durch das Ende des Ost-West-Konflikts und die Entstehung neuer Konflikte wichtige, die Etablierung friedenswissenschaftlicher Studiengänge fördernde Veränderungen in den Bereichen Politik, FuK und Arbeitsmarkt angestoßen.

Institutionalisierung wurde im Rahmen dieser Studie vor allem als Chance und Strategie thematisiert. Die Erwartungen und Hoffnungen der den Prozess vorantreibenden Akteure begründen einen weitgehend ungetrübten Institutionalisierungsoptimismus. Dieser entspricht zweifellos den Positionen und Funktionen der Befragten, ist ohnedies jedoch wohlbegründet: Die organisatorisch-strukturelle Institutionalisierung friedenswissenschaftlicher Lehre ist eine oder vielmehr die von verschiedenen Seiten intendierte und strategisch geplante Konsequenz der Einführung friedenswissenschaftlicher Studiengänge. Dieser neue Modus der Institutionalisierung ist im Vergleich zur ehemals, vor allem über Lehrstühle institutionalisierten Lehre, deutlich personenunabhängiger. Die Einführung friedenswissenschaftlicher MA-Studiengänge ermöglicht der FuK und ihren Organisationen eine kontinuierliche und systematische Ausbildung und Rekrutierung wissenschaftlichen Nachwuchses, die Standorte der Studiengänge profilieren sich als Kompetenzzentren für Forschung und Lehre, um die Studiengänge herum entstehen langfristig neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Friedens- und KonfliktforscherInnen, verschiedene gesellschaftliche Praxisbereiche profitieren von gut ausgebildeten AbsolventInnen und nicht zuletzt erwartet die Studierenden eine konzeptionell durchdachte, interessante und sogar beruflich verwertbare Ausbildung. Mit Blick auf den analysierten Institutionalisierungsprozess und das entwickelte Erklärungsmodell sollen zum Schluss einige weiterführende Gedanken formuliert werden.

Der analysierte Institutionalisierungsprozess ist mitnichten abgeschlossen. Erstens spricht die erst vor kurzem erfolgte Schaffung des Augsburger Studiengangs dafür, dass der Markt noch nicht gesättigt ist und Neugründungen weiterhin möglich sind. Zweitens hat die ‚Abwicklung‘ des Hagener Studiengangs im Jahr 2008 gezeigt, dass auch die organisatorisch-strukturelle Institutionalisierung friedenswissen-

schaftlicher Lehre in Form von Studiengängen nicht unumkehrbar ist und ‚verteidigt‘ werden muss. Drittens und dies betrifft alle einschlägigen Studiengänge, ist institutioneller Wandel nicht nur möglich, sondern notwendig, wenn der Zweck der Institutionen, nämlich die Ausbildung friedenswissenschaftlichen Nachwuchses, dauerhaft erfüllt werden soll. Über diese jedoch verkürzte Zweckbestimmung hinaus, sind zuallererst und immer wieder, die praktischen Ziele und Zwecke friedenswissenschaftlicher Lehre zu hinterfragen. Zum einen muss Ausbildung – schon aus Verantwortung den Studierenden gegenüber – die Veränderungen im Berufs- und Anwendungsbereich berücksichtigen, ja sogar antizipieren. Andererseits ist erst nach Maßgabe der grundlegenden und normativen Frage, was friedenswissenschaftliche Praxis eigentlich bewirken soll, zu klären, welche Berufs- und Anwendungsbereiche dem entsprechen bzw. wo die Absolvent/Innen in friedensfördernder Weise tätig werden können. Wie die Entscheidungen vor Ort auch ausfallen mögen, Lehr- und Lerninhalte, Lehrformen sowie die Organisation der Lehre sind dementsprechend weiter zu entwickeln. Dies sollte unter – bestenfalls institutionalisierter – Mitwirkung der Studierenden geschehen.

Die innerhalb des vorliegenden Erklärungsmodells (vgl. Abb. 1) behandelten Faktoren stellen nicht nur Bedingungen der Entstehung friedenswissenschaftlicher Studiengänge dar, sie prägen darüber hinaus auch die zukünftige Praxis friedenswissenschaftlicher Lehre. Wie die FuK im Lauf ihrer Geschichte (vgl. Wasmuht 1998), steht auch die Lehre ein Stück weit vor einer Art Institutionalisierungsdilemma. Friedenswissenschaftliche Lehre, die Analyse und Veränderung unfriedlicher Zustände lehrt, kommt nicht umhin, die politisch und wirtschaftlich Mächtigen dieser Welt und dieses Landes kritisch in den Blick zu nehmen. Sie muss dies tun, während sie der Finanzierung ihrer Sache wegen, von eben diesen Akteuren abhängig ist. Die Geschichte der FuK hat gezeigt, dass Institutionalisierung, Anpassungsprozesse auslösen kann. Pfade der Anpassung gäbe es wohl zu genüge: Von der Auswahl des Lehrpersonals, über die Auswahl der Studierenden, bis hin zu curricularen Zielen und Inhalten. Ist zum Beispiel sichergestellt, dass Studierende befähigt werden, den außen- und sicherheitspolitischen Konsens der politisch Mächtigen dieses Landes zu hinterfragen, obwohl dieser Konsens der FuK (-Lehre) förderpolitisch nutzt (vgl. Abschn. 3.1)? Behalten Forschung und Lehre innergesellschaftliche Konflikte, also die deutschen Zustände, im Auge oder verengen sie den Fokus auf internationale Konflikte? Und schließlich:

Stellt das Studium das gesellschaftstheoretische Rüstzeug zur Verfügung, vor dessen Hintergrund es erst möglich wird, den Unfrieden zu verstehen und für den Frieden einzutreten?

Insoweit die „rein wissenschaftliche, in der alleinigen Macht von Begründung und Beweis stehende Logik des Wettbewerbs nicht durch externe Kräfte und Zwänge konterkariert“ wird (Bourdieu 1998: 30), fällt die institutionalisierungspolitische Bilanz jedoch positiv aus. Die ‚Revolutionierung‘ friedenswissenschaftlicher Lehre ist gelungen – fürs Erste jedenfalls.

LITERATUR

- Bourdieu, Pierre (1998): *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*, Konstanz: UVK.
- Brühl, Tanja (2004): *Das Studium der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Bildungspolitische Chance genutzt?*, unveröffentlichtes Manuskript.
- Brühl, Tanja (2005): "'Internationale Studien/ Friedens- und Konfliktforschung' als Master-Studiengang an der Universität Frankfurt/M.", in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS-Verlag: 200-203.
- Czada, Roland (1995): "Institutionelle Theorien der Politik", in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politik*, München: Beck-Verlag: 205-213.
- Czempiel, Ernst-Otto/Mehl, Regine (1996): "Die institutionelle Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990 - ein Überblick". *Mitteilungen der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn, AFB-Info* 1, 1-5.
- Deutsche Stiftung Friedensforschung (2005): *Das Nachwuchs- und Strukturförderungsprogramm*, http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de/html/body_nfoerderung.html, letzter Zugriff: 1.8.2005.
- Dominikowski, Thomas (1991a): "Frieden Lehren?! Über Friedenslehre und Curricula der Friedenswissenschaft an Hochschulen", *AFB-Texte* 2.
- Dominikowski, Thomas (1991b): "Was heißt und zu welchem Ende studieren wir Friedenswissenschaft?", in: Esser, Johannes/Frindte, Wolfgang/Krahulec, Peter (Hg.): *Friedenswissenschaft und Friedenslehre an Fachhochschulen und Universitäten*, Frankfurt/M.: Haag und Herchen: 291-299.
- Esser, Hartmut (2000): *Soziologie. Spezielle Grundlagen*, Band 5: Institutionen, Frankfurt/M.: Campus.
- Fachbereichsrat des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg (2005): *Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Friedens- und Konfliktforschung ("Peace and Conflict Studies") mit dem Abschluss "Master of Arts (M.A.)" des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg*, <http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/pdf/studienordnungmasteralt>, letzter Zugriff: 1.7.2010.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (1967): *The Discovery of Grounded Theory - Strategies for Qualitative Research*, New York: de Gruyter.
- Goffman, Erving (1972): *Über die Soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hauswedell, Corinna (1990): *Friedensforschung und Friedenswissenschaft an den Hochschulen. Neue Entwicklungstendenzen und Perspektiven*, Bonn: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden.
- Hauswedell, Corinna (1997): *Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren*. Baden-Baden: Nomos.
- Heinemann, Karl-Heinz (2008): *Schluss mit Frieden. FernUni Hagen will Masterstudiengang „Peace Studies“ einstellen*, Deutschlandradio, 14.3.2008, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/754062/>, letzter Zugriff: 1.7.2010.
- Hessische Landesregierung/Hochschulen des Landes Hessen (2002): *Rahmenzielvereinbarung zur Sicherung der Leistungskraft der Hochschulen in den Jahren 2002 bis 2005*, http://www.hof.uni-halle.de/steuerung/zv/Doku/HE_Pakto2.pdf, letzter Zugriff: 1.7.2010.
- Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst/Philipps-Universität Marburg (2003): *Zielvereinbarung vom 27. Januar 2003*, http://www.hof.uni-halle.de/steuerung/zv/Doku/HE_Uni_Marburg_ZVo2.pdf, letzter Zugriff: 1.7.2010.
- Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (2007): *Minister Corts gibt die Träger des des Preises*

- „Exzellenz in der Lehre“ bekannt, <http://www.hmwk.hessen.de...>, letzter Zugriff: 1.7.2010.
- Imbusch, Peter (1998): "Friedens- und Konfliktforschung als universitäres Studienfach - Zur Notwendigkeit von Forschung und Lehre", *S+F. Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden*, 3: 162-172.
- Keller, Andreas (2004): *Perspektiven eines Europäischen Hochschulraums im Rahmen des Bologna-Prozesses*, GEW-Landesverbände Berlin, Brandenburg, Hessen und Niedersachsen.
- Kerkhof van de, Stephanie/Lammers, Christiane (2005): "Der Hagener Weiterbildungsstudiengang 'Master of Peace Studies'", in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS-Verlag: 191-196.
- Kinkelbur, Dieter (1994): "Akademische Friedenslehre. Einige erste Überlegungen in systematischer Absicht", in: Dietrich, Barbara u. a. (Hg.): *Den Frieden neu denken. Jahrbuch 1994 des Arbeitskreises Frieden in Forschung und Lehre an Fachhochschulen*, Münster: Agenda-Verlag: 171-188.
- Klaeden, Eckart von (2000): Vorbereitung auf neue Herausforderungen an Deutschlands Sicherheitspolitik – Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung als Teil der politikberatenden Forschung, in: Plenarprotokoll 14/81, Deutscher Bundestag: 7554-7556.
- Köhler, Martin (1992): "Die Vermittlung der Friedensforschung im Wissenschaftsbetrieb: Für die Rekonstruktion des Dialogs mit den Universitäten", in: Jopp, Mathias (Hg.): *Dimensionen des Friedens - Theorie, Praxis und Selbstverständnis der Friedensforschung*, Baden-Baden: Nomos: 251-260.
- Krause, Britta/Meyer, Jörg (2005): "Der Master-Studiengang "Friedens- und Konfliktforschung" an der Universität Magdeburg", in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS-Verlag: 196-200.
- Lammers, Christiane/Battke, Kathleen/Hauswedel, Corinna (1993): *Handbuch Friedenswissenschaft. Expertinnen, Institutionen, Hochschulangebote, Literatur*, Bonn: BDWI.
- Lammers, Christiane/Schmidt, Hajo (1995): *Zum Stand der Friedenswissenschaft (Friedensforschung, Friedenslehre) an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen*, Studie im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung NRW.
- Landesregierung Baden-Württemberg/Universitäten des Landes Baden-Württemberg (1997): *Die Vereinbarungen des "Solidarpakts" zwischen der Landesregierung und den Universitäten*, http://www.hof.uni-halle.de/steuerung/zv/Doku/BW_pakt97.pdf, letzter Zugriff: 1.7.2010.
- Lutz, Dieter S. (2001): "Das Nachwuchsförderprogramm der Deutschen Stiftung Friedensforschung", in: Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück/Präsident der Universität Osnabrück (Hg.): *Friedenspolitik und Friedensforschung. Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft VIII*, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch: 149-163.
- Nielebock, Thomas (2005): „Der Master-Studiengang ‚Friedensforschung und internationale Politik‘ an der Universität Tübingen“, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS-Verlag: 188-191.
- Rösener, Matthias (1989): *Soziologie und Friedensforschung - Frieden als Thema der Lehre an deutschsprachigen Universitäten Westeuropas*, unveröffentlichtes Manuskript, Münster.
- Schmitt, Lars (2005): „Der Master-Studiengang ‚Friedens- und Konfliktforschung‘“, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS-Verlag: 209-220.
- Schneider, Patricia (2005): „Der Aufbau-Studiengang ‚Friedensforschung und Sicherheitspolitik‘ an der Universität Hamburg“, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS-Verlag: 186-188.
- Schwarzer, Gudrun (1998): *Friedenswissenschaft in Niedersachsen: Lehre-Forschung-Umsetzung*, Osnabrück: Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen.
- Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet (1996): *Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- Wasmuht, Ulrike (1998): *Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung-Selbstverständnis-Politischer Kontext*, Münster: Agenda-Verlag.
- Wissenschaftsrat (1999): *Stellungnahme zum Verhältnis von Hochschulausbildung und*

Beschäftigungssystem, <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4099-99.pdf>, letzter Zugriff: 1.7.2010.

Wissenschaftsrat (2000): Empfehlungen zur Einführung neuer Studienstrukturen und -abschlüsse (Bakkalaureus/Bachelor - Magister/Master) in Deutschland, <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4418-00.pdf>, letzter Zugriff: 1.7.2010.

CCS WORKING PAPERS

Das Zentrum für Konfliktforschung gibt eine Working-Paper-Reihe heraus, in der aktuelle wissenschaftliche Forschungsprojekte und -ansätze im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung vorgestellt werden. Ziel der Reihe ist es, die verschiedenen interdisziplinären Zugänge zu Konflikten aufzuzeigen und sowohl inner- als auch außeruniversitär bekannt zu machen.

Die Reihe erscheint in unregelmäßiger Folge und wird online mit ISS-Nummer publiziert.

AKTUELLE WORKING PAPERS

Implications for its Application in International Conflict Resolution from a Peace Theoretical Perspective

Nicole A. Hofmann)

Transitional Justice and Civilian Conflict Transformation

(Udine Kayser-Whande, Stephanie Schell-Faucon)

Ethnischer Konflikt und Ethnizität in Ruanda - Ein Beitrag zur Konzeption von Ethnizität als primordial wahrgenommene Kategorie

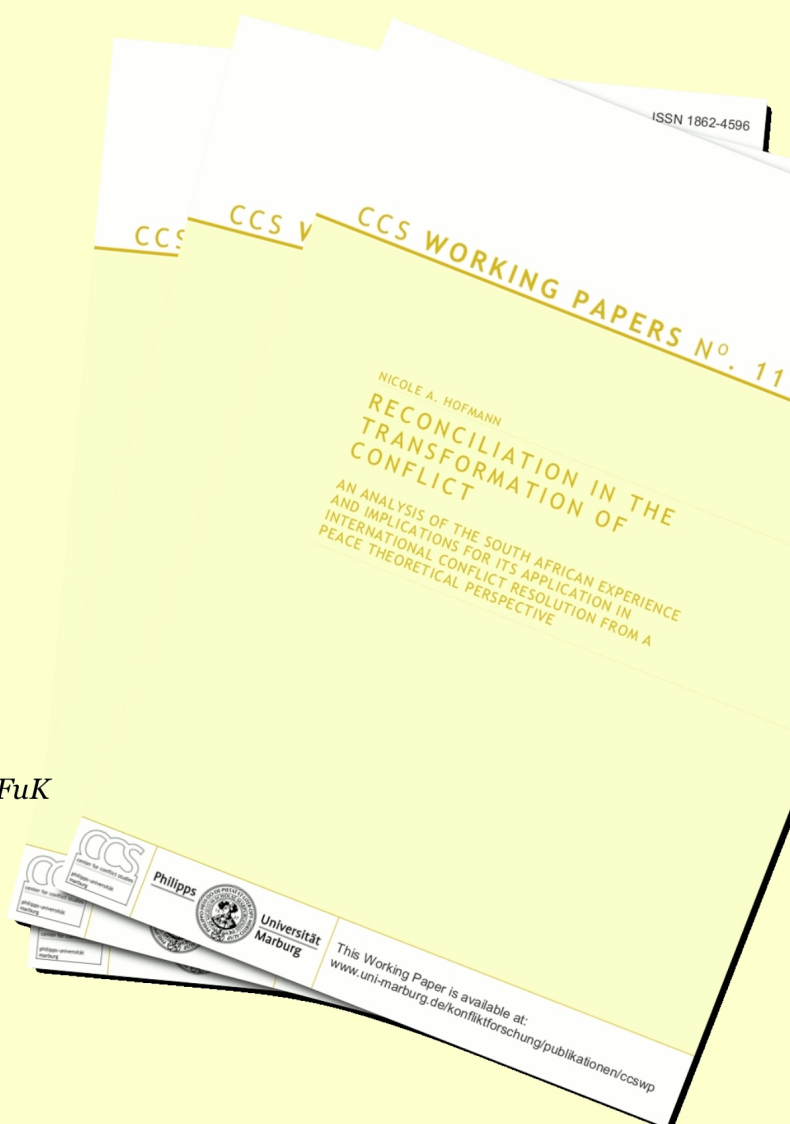
(Carla Schraml)

VORSCHAU

Derzeit sind CCS **WORKING PAPERS** zu folgenden Themenbereichen in Vorbereitung:

Arbeitstitel:

Interaktive Lehre - Planspiele als Ergänzung in der FuK
(Simon Raiser und Björn Warkalla)



CCS **WORKING PAPERS** sind **kostenlos** online verfügbar unter:
<http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/publikationen/ccswp>

Zentrum für Konfliktforschung
Philipps-Universität Marburg
Ketzerbach 11
35032 Marburg/Lahn
konflikt@staff.uni-marburg.de
www.uni-marburg.de/konfliktforschung